Mittwoch, 16. Juni 1926
6. Jahrgang, Nummer 137

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen monatl. 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 3 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition morgens 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens abends 6 Uhr.

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit den Beilagen: „Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Solidarität", „Die Kommunistin", „Der junge Kämpfer", „Proletarisches Feuilleton", „Wirtschaftl. Rundschau"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Telephon Ring 8837. Postscheckkonto: Breslau 544. Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Pfarrstr. 8/10, Tel. 408. Waldenburg, Schulstr. 6, Tel. 181. Görlitz, Lunitz 6, Tel. 2884. Liegnitz, Dänemarkstr. 40. Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Tel. Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags v. 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends v. 6—7 Uhr.
Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau.

2 Millionen in die Propagandakasse

General-Mobilmachung der Fürstenknechte

(Eig. Drahtb.) Berlin, 16. Juni.

Das Berliner „Acht-Uhr-Abend-Blatt" berichtet, daß es dem Loebell-Ausschuß gelungen sei, noch 2 Millionen Goldmark für die Propaganda zugunsten der Fürsten flüssig zu machen. Woher diese Gelder stammen, ist nach den bisherigen Enthüllungen klar: aus den Kassen der Fürstenhäuser und der Großkapitalisten. Mit diesen Geldern, die aus der schlimmsten Volksausplünderung stammen, soll die großzügige Ausplünderungsaktion der Fürsten gegen das werktätige Volk finanziert werden.

Die v. Loebell und v. Berg, die Hauptakteure der Fürstenpropaganda, planen ihre Propaganda größten Stils so zu steigern, daß in den letzten Tagen vor dem 20. Juni sie jeden Eisenbahnzug, der aus Berlin ins Reich hinausfährt, einen eigenen Propagandawaggon anhängen. Wie wir zuverlässig erfahren, ist von Seiten der Monarchisten beabsichtigt, in ihren nächsten Flugblättern eine andere Taktik einzuschlagen. Sie wollen in Zukunft ihre Unterschrift — unter den Flugblättern weglassen. Auch wollen sie die Flugblätter so aufmachen, daß man erst im Lesen erkennen kann, ob sie von Befürwortern oder Ablehnern des Volksentscheides geschrieben sind. Die Fürstenknechte haben außerdem die Erfahrung gemacht, daß die Kleinrentner, Handwerker und andere kleine Leute beim Operieren mit großen Zahlen in den Flugblättern dazu veranlaßt werden, diese Zahlen mit ihrem eigenen Einkommen zu vergleichen. Davor haben die Fürstendiener natürlich Angst und wollen daher in ihren nächsten Flugblättern ihre Polemik in Zahlen einstellen.

Gegen den großangelegten Lügenfeldzug der Fürsten und der mit ihnen verbündeten großkapitalistischen Volksfeinde müssen alle Werktätigen ihre ganze Energie einsetzen. Alle Kraft zur Generalmobilmachung für den Volksentscheid! Jeder Mann, jede Frau, jedes Mädchen, muß ein aktiver Agitator für den siegreichen Volksentscheid sein!

Wie sie den Volksentscheid sabotieren!

Uns wird mitgeteilt: Vor einigen Tagen sollte in Groß-Schmölln, (Kreis Bombst) eine Versammlung für den Volksentscheid stattfinden. Am Nachmittage ließ der Gutsbesitzer v. Einem in die Nähe der Häuser einen großen Berg Stroh anfahren. Als dann abends gerade die Versammlung beginnen sollte, brannte plötzlich das Stroh lichterloh. Der Gutsbesitzer erschien sofort in der Versammlung und verlangte, daß jeder löschen komme andernfalls er ihn in Strafe nehmen werde. Da in dem Dorf jeder der Pflichtfeuerwehr angehören muß, erreichte dadurch der Gutsbesitzer, daß die Versammlung nicht stattfinden konnte.

*

(Eig. Drahtb.) Halle, 16. Juni.

Der „Volksbote Zeitz" veröffentlicht ein Rundschreiben des Loebell-Ausschusses von Naumburg, in dem der Ausschuß seinen Vertrauensmännern empfiehlt, sich an die Innungen, Verbände und Gemeinnützigen Vereine unter Ausnutzung persönlicher Beziehungen heranzumachen, um sie zu veranlassen, am 20. Juni Ausflüge zu machen. In dem Rundschreiben heißt es: „Alle Veranstaltungen sind so zu legen, daß die Mitglieder schon vor 8 Uhr morgens in Anspruch genommen werden und erst nach 6 Uhr abends wieder in Naumburg eintreffen. Die Familienmitglieder müssen an der Teilnahme stark interessiert sein, sonst erfüllt dieselbe nicht ihren Zweck." In beigefügten Richtlinien werden dann die Ausflugsziele der einzelnen Vereinigungen festgelegt. Als besonderes Zugmittel dienen 60 Diplome und 15 Pokale. Sämtlichen Teilnehmern wird bei allen Veranstaltungsarten kostenlose Massenspeisung gewährt. — Man sieht: Fürstengeld!

Auf jede Stimme kommt es an!

Was folgt daraus?

r. Breslau, 16. Juni.

„Jede Million Stimmen weniger bedeutet wahrscheinlich mehrere hundert Millionen Goldmark für die Fürsten mehr. Auf jeden Fall fällt diesmal also jede Stimme ins Gewicht . . ."

(—m in der „Volkswacht" vom 15. Juni.)

In vier Tagen wird nun also ein Zwanzig-Millionen-Heer aufmarschieren müssen, um den Milliardenraub der Fürsten, diesen wichtigen Vorstoß der Monarchisten, abzuschlagen. Nur wenn mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten, die Mehrheit derer, die von ihrer Hände und Hirne Arbeit leben, ihr „Ja" für die entschädigungslose Enteignung in die Wagschale werfen, wird der Volksentscheid — zunächst allerdings formell! — mit einem Siege des Volkes enden. Das bedeutet, daß die 12,5 Millionen Kämpfer des Volksbegehrens um weitere 7,5 vermehrt werden müssen.

Eine schwere, nur durch größte Kraftanspannung zu bewältigende Aufgabe!

Rein zahlenmäßig hat das Kampflager der Fürstenlakaien allerdings nur eine Minderheit der werktätigen Volksmassen in Stadt und Land für sich. Dagegen verfügt es über zwei wichtige Vorteile: Es hat einmal den sabotierenden Staatsapparat, von Hindenburg bis zum letzten Gutsvorstand, auf seiner Seite und dann weist es die größte innere Geschlossenheit und Planmäßigkeit seines Vorgehens auf. Gestützt auf eine leistungsfähige, von den fürstlichen Interessenten gespeiste Kasse, dirigiert der monarchistische Generalstab unter der Leitung des berüchtigten Hohenzollernschen Geheimrats v. Berg, die seit Tagen mit aller Heftigkeit tobende Benebelungsoffensive der Fürstenlakaien. Alle Register sind gezogen und es ist bewundernswert zu sehen, mit welcher Einheitlichkeit die fürstenfreundlichen Presseorgane, „Abwehrausschüsse" und Parteien nach einem genau festgesetzten, zum Teil sogar bekannten Plane vorgehen.

Diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit fehlt im Lager des Volksentscheides.

Das ist eine ernste Feststellung, zu der wir noch in letzter Stunde gezwungen sind. Denn durch das Lager des Volksentscheids geht ein folgenschwerer Riß. Auf der einen Seite befindet sich die Sozialdemokratie, auf der anderen die Kommunistische Partei, die Christlich-Soziale Reichspartei und die kleinbürgerlichen Organisationen und Parteisplitter, die sich in den Kuczynski-Ausschüssen vereinigt haben. Obwohl große Teile ihrer eigenen Mitglieder dagegen rebellieren, lehnte und lehnt die Führung der SPD. jede Verständigung über ein gemeinsames organisatorisches Vorgehen ab.

Diese ungeheuerliche Haltung verdient schärfste Verurteilung. Sie kommt einer direkten Sabotage des Volksentscheiderfolges und damit einer Unterstützung der Fürsteninteressen gleich. In dem oben wiedergegebenen Zitat des schlesischen Hauptorgans der SPD., der Breslauer „Volkswacht", wird auf die Wichtigkeit jeder Stimme hingewiesen und festgestellt, daß jede Million Stimmen weniger, mehrere Hundert Millionen für die Fürsten mehr bedeute. Sehr richtig, aber — was folgt daraus? Doch wohl, daß die Kräfte des Antifürstenblocks so eingesetzt werden müßten, daß sie eine Höchstzahl von Stimmen zu mobilisieren im Stande sind. Dazu wäre Planmäßigkeit der Arbeit, vorherige Verständigung der einzelnen Organisationen über ihre Agitation notwendig. Und das wird durch die Haltung der SPD.-Führer verhindert.

*

Noch in anderer Hinsicht ist der oben erwähnte Artikel von — m in der „Volkswacht" interessant. Er wendet sich mit Recht gegen die „Meßmacherei", die nicht an den Sieg glaube, und verweist demgegenüber auf die guten Aussichten die — das Fürstenkompromiß im Reichstag bei einem zwar nicht genügenden, aber doch immerhin imponierenden Ergebnis des Volksentscheides habe. Fürwahr, eine ganz besondere Taktik zur Förderung der Kampfentschlossenheit. Der Feldherr —, m tröstet vor der Schlacht mit eventuellen sicheren Rückzugsmöglichkeiten.

Wichtiger wäre, so scheint uns, wenn — m statt dessen darauf hinwiese, daß auch nach dem Stimmsiege des Volksentscheides der Kampf gegen die monarchistische Reaktion nicht zu Ende ist. Da, daß er gerade dann, — siehe Staatsstreichpläne und Diktaturrüstungen! — in ein entscheidendes Stadium tritt.

Briand zurückgetreten

(Eig. Drahtb.) Berlin, 16. Juni.

Durch den neuerlichen Frankensturz, der eine mächtige Inflationswelle hervorruft, war die Lage der französischen Regierung schon seit Tagen immer unhaltbarer geworden. Die kommunistische Kammerfraktion hatte bereits eine Interpellation über die Finanzlage angemeldet. Daraufhin ist gestern zunächst der Finanzminister Peret und abends die gesamte Regierung Briands zurückgetreten.

Dieser Rücktritt des Kabinetts Briands besiegelt den Bankrott des französischen Linksblocks. Bezeichnend ist die Tatsache, daß der Abgeordnete Franklin Bouillon eine Interpellation einbrachte, in der er fragt, ob man eine „Regierung der nationalen Einigkeit", d. h. also ein Rechtskabinett a la Poincare bilden werde. Die Radikalsozialisten versuchen, ein bürgerlich-sozialdemokratisches Koalitionskabinett unter Herriot zustande zu bringen.

Auch in Schlesien wachsende Arbeitslosigkeit!

Breslau, 16. Juni.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes nahm auch in der letzten Berichtswoche in der Provinz Niederschlesien die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ihren Fortgang. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 106 856 auf 107 601, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 73 389 auf 73 692 bei gleichbleibender Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Die Verschlechterung wirkte sich besonders im Regierungsbezirk Breslau und hier vornehmlich in der Stadt Breslau aus, in der 46 609 (i. V. 45 427) Arbeitsuchende und 25 050 (i. V. 24 463) Erwerbslosenunterstützungsempfänger gezählt wurden. Im Regierungsbezirk Liegnitz war die Zahl der Arbeitsuchenden und Erwerbslosenunterstützungsempfänger etwas geringer als in der Vorwoche. In der Metallindustrie fanden größere Entlassungen in Breslau statt (Waggonbaufabrik und Reichsbahn). Ebenso entließ eine Metallwarenfabrik im Hirschberger Bezirk eine größere Anzahl von Arbeitskräften. Im Spinnstoffgewerbe zeigt die Arbeitsmarktlage weitere Neigung zur Verschlechterung und hier vornehmlich im Waldenburger Bezirk, wo eine größere Baumwollspinnerei und -Weberei aus ihren Betrieben 530 Arbeitskräfte entließ.

Vom Tage

Der Kreisvorstand der Zentrumspartei Höchst a. M. hat seinen Mitgliedern die Entscheidung in der Frage der Fürstenenteignung freigegeben.

Auf dem Unterbahnhof Waldenburg geriet am Dienstag der Packer Kasparek zwischen die Puffer und war auf der Stelle tot. Früher wurden auf dem Bahnhof drei, jetzt aber nur ein Rangierer beschäftigt.

In Elberfeld kam es nach einer nationalistischen Versammlung zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbanner- und Hitlerleuten. Drei Personen wurden verletzt.

Aus ganz Deutschland, sowie aus zahlreichen europäischen Ländern wird infolge der riesigen Regenfälle Hochwasser gemeldet, das große Zerstörung anrichtet.

In Prag ist es erneut zu Zusammenstößen von etwa 6000 Arbeitern mit berittener Polizei gekommen. Die gesamte Garnison liegt in Alarmbereitschaft.

Nachdem Brasilien wegen der Ratssitzfrage seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte, erhebt nun Polen durch seinen Außenminister Zalewski erneut Anspruch auf einen ständigen Sitz.

Aus Indien werden erneut blutige Zusammenstöße zwischen Indiern verschiedener Religionen gemeldet. So diesmal in Pindi 8 Tote und 23 Verwundete.

Der japanische Marineminister fat drei Millionen Yen angefordert, für die Anlage von Flugzeugablaufbahnen auf Kriegsschiffen.

War es doch die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung", die vor einigen Tagen feststellte:

„Jedenfalls ist sicher, daß nach dem 20. Juni der Kampf erst in der vollsten Schärfe entbrennen dürfte."

In dieser politischen Situation, deren Barometer ganz offensichtlich nach „Sturm" neigt, malt — m dagegen die Idylle von einem erschrockenen Parlament dessen Abfindungsgesetze schließlich auch bei 19 Millionen Stimmen dem Enteignungsentwurf „ganz nahe" kommen würden....

Das schlesische werktätige Volk wird sich durch solche strategischen Weisheiten nicht beirren lassen. Es wird alle seine Kräfte und zwar möglichst einheitlich und geschlossen einsetzen. Es wird erkennen daß es für den 20. Juni und für den nicht minder schweren Kampf nachher gerüstet dastehen muß.

„Alle Mann an die Urne"

Reichsbannergeneral Deimling zum 20. Juni

In der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht der bekannte Reichsbanner-General Deimling einen Appell zum Volksentscheid, in dem es heißt:

„Warum geben denn die Monarchisten nicht die Parole aus, am 20. Juni mit „Nein" zu stimmen. Das wäre klar und aufrecht. Aber die Verfassung soll sabotiert werden! Wenn am 20. Juni weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten, das sind 20 Millionen Bürger, zur Urne gehen, dann werden hinterher die Gegner der Republik sagen: „Seht Ihr, das Volk hat durch Fernbleiben selbst gezeigt, daß es gar nichts wissen will von Volksentscheid und Volkssouveränität. Wir haben es ja immer gesagt, daß die Demokratie nichts taugt für die Deutschen. Für sie ist das einzig Wahre die Monarchie, wo die Massen die Knochen zusammenreißen und den Mund halten müssen ...."

Mangelhafte Beteiligung am Volksentscheid würde also der Reaktion erwünschten Anlaß geben, dem neulichen Vorstoß gegen die Reichsflagge bald weitere Attacken gegen die Grundlagen der Republik folgen zu lassen.

Es geht somit am 20. Juni nicht nur um das Fürstenvermögen, sondern es geht auch um die Republik.

Reißt die Schwankenden, die Zaghaften und Gleichgültigen mit empor!

Alle Mann an die Urne!"

Deimling sieht richtig, daß die Terrorparole der Monarchisten der Auftakt zu weiteren Vorstößen in der Richtung der Diktatur ist. Er will, daß durch geschlossene Abstimmung am 20. Juni dem Terror der Monarchisten entgegengetreten werde, er hofft dadurch die bürgerliche „Demokratie" zu retten.

Deimling will nicht sehen, daß die Hindenburg-Marx, trotz eines gegen sie gerichteten Millionenvotums ihre Staatsstreichpläne weiter verfolgen wollen. So richtig es ist, daß eine hohe Millionenzahl von Ja-Stimmen am 20. Juni ein schwerer Schlag für die monarchistische Konterrevolution ist, so wenig darf vergessen werden, daß die Aktion mit dem Stimmzettel allein nicht genügt, sondern daß im außerparlamentarischen Kampf den Staatsstreichplänen entgegengetreten werden muß. Deimling sieht das nicht und will es nicht sehen. Um so besser müssen es aber die proletarischen Mitglieder des Reichsbanners begreifen. Sie müssen sich in die rote Front einreihen. Die kapitalistische Klasse zeigt in diesen Tagen ganz deutlich, daß die Weimarer Verfassung den Werktätigen die elementarsten politischen Rechte rauben. Darum muß der Kampf gegen dieses kapitalistische Regime, für die Rechte und Forderungen der Werktätigen und für die Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden.

100 Schlösser!

Wenige Tage nach dem Volksentscheid werden die Mieten die Friedensmiete bereites um 4 bis 10 Prozent übersteigen. Der Lebensinder erfährt eine weitere Erhöhung, noch mehr Menschen als bisher werden auf enger werdende Räume zusammengedrängt werden, die Zahl der Arbeitslosen hat in den letzten Tagen eine weitere sogar ungewöhnlich scharfe Aufwärtsbewegung erfahren. Während die Unternehmer aber die Arbeiter und Angestellten aus Profitinteressen auf die Straßen werfen, erlegen sie sich eine Kopfabgabe zur Finanzierung ihrer Kampagne gegen den Volksentscheid auf. Man muß sich bei der katastrophalen Lage der arbeitenden Klasse vor Augen halten, welche Reichtümer die Fürsten für sich beanspruchen, bzw. schon erhalten haben oder durch einen Vergleich erhalten sollen.

Die Hohenzollern	20 Schlösser,
Die Wittelsbacher	7 Schlösser,
Die Anhalter	3 Schlösser,
Die Badener	6 Schlösser,
Die Württemberger	4 Schlösser,
Die Meklenburger	7 Schlösser,
Der Feme-Herzog von Koburg	5 Schlösser,
Die Schwarzburger	6 Schlösser,
Die Weimarer	3 Schlösser,
Die Meininger	4 Schlösser,
Die Braunschweiger	2 Schlösser,
Die Waldecker	3 Schlösser.

Aber diese Liste ist noch nicht vollständig. Alles in allem beläuft sich die Zahl der geforderten Schlösser auf weit über 100. Hundert Schlösser für 20 Familien! Wo in Mietshäusern hundert Parteien in einer elenden Kaserne hausen müssen. Hindenburg und Marx sind mit einem solchen Zustand völlig einverstanden, sie halten es ganz in der Ordnung, und wer es nicht dafür hält, kann ins Loch spazieren. Ein ausländischer Prinz, ein Hochverräter und Femebeschützer, der Herzog von Koburg, soll 5 Schlösser erhalten mit 1000 Räumen.

Für die revolutionären Arbeiter hält Hindenburg ebensoviele Kerkerlöcher offen!

Königliches Preisschießen

Der „Hofer Anzeiger" brachte am 3. Juni folgendes Inserat:

„Vereinigung ehem. Angeh. Kgl. baer. Chev.-Regtr. Hof und Umgegend. Unser zweites großes Reit- und Fahrturnier findet am Sonntag, 8. August, auf dem erweiterten Gelände der Hohen Saas statt. Das Protektorat hat in liebenswürdiger Weise Se. Kgl. Hoheit Prinz Alfons von Bayern übernommen. Den Teilnehmern winken große Preise. Ausgeritten werden die folgenden gestifteten Preise: Sr. Kgl. Hoheit Kronprinz Rupprecht von Bayern, Sr. Kgl. Hoheit Prinz Alfons von Bayern."

Die „Königlichen Hoheiten" haben allerhand Gelder übrig, beim großen monarchistischen Preisschießen für diejenigen „große Preise" zu stiften, die ihre beste Treffsicherheit in den Vorbereitungen zum Bürgerkrieg beweisen.

Das werktätige Volk wird am kommenden Sonntag seine Treffsicherheit durch die Abgabe von

20 Millionen „Ja"-Stimmen für den Volksentscheid

beweisen. Dann wird den königlichen Volksfeinden das Verteilen von „großen Preisen" für immer vergehen!

Demokraten für den Volksentscheid

(Eig. Drahtb.) Frankfurt a. M., 16. Juni.

Der Parteirat der Demokraten für Hessen-Nassau erläßt einen Aufruf, in dem er zu der Beteiligung an der Abstimmung

Strafanzeige gegen die Vasendiebe

Cäcilie, v. Berg und der Staatsanwalt

(Eig. Drahtb.) Berlin, 16. Juni.

Die „Republikanische Beschwerdestelle" hat unter dem 14. Mai 1926 beim Generalstaatsanwalt des Landgerichts Berlin I gegen Frau Cecilie, Prinz von Preußen, wohnhaft in Oels in Schlesien Strafanzeige wegen betrügerischer Unterschlagung erstattet. Die Anzeige stützt sich auf die bekannte Entwendung der kostbaren Sevres-Vasen aus dem Schlosse zu Berlin.

Wie ist der Tatbestand? Die Entwendung ist unter der Vorspiegelung erfolgt, daß die frühere Kronprinzessin den Wunsch äußerte, die Vasen noch einmal besichtigen zu dürfen. Das ist ihr auch gestattet worden. Jedoch wurden die Vasen entgegen der getroffenen Vereinbarung nicht wieder zurückgegeben. Sie wurden vielmehr nach Oels gebracht, und als der preußische Staat sein Eigentum zurückforderte, erhielt er von der ehemaligen Kronprinzessin als Antwort einen in schnippigem Tone gehaltenen Brief, in dem zu lesen stand, der preußische Staat halte dem Hohenzollernhause gegenüber seine Verpflichtungen nicht ein, also habe auch sie, die frühere Kronprinzessin, keinen Grund, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staate einzuhalten.

Auf die erfolgte Strafanzeige hin sind die Vasen mittlerweile nach Berlin zurückgebracht worden; sie befinden sich gegenwärtig in der Verwahrung des Herrn v. Berg, Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses. Dieser hat seinerseits in der Presse erklären lassen, die Vasen seien auf seine Veranlassung aus dem Berliner Schlosse entfernt und nach Oels gebracht worden. Die Republikanische Beschwerdestelle hat nunmehr die Strafanzeige auch auf Herrn v. Berg ausgedehnt. In dem an den Generalstaatsanwalt gerichteten Strafantrag heißt es:

„Nachdem der Verwalter des früheren königlichen Hauses, Herr v. Berg, der Presse eine Erklärung zugesandt hat, daß die Vasen auf seine Veranlassung hin nach Oels geschafft und auf seine Veranlassung hin zurückgehalten worden sind, beantragen wir, den am 14. Mai gegen Frau Cecilie, Prinz von Preußen, gestellten Strafantrag auch auf den Verwalter des früheren königlichen Hauses auszudehnen und auch gegen Herrn v. Berg das Strafverfahren einzuleiten."

Zu diesem Vorgang wird uns von juristischer Seite noch geschrieben: Es liegt hier das Delikt einer betrügerischen Unterschlagung vor. Selbst wenn die frühere Kronprinzessin oder der Generalverwalter des früheren königlichen Hauses, Herr v. Berg der Ansicht gewesen sein sollten, daß es sich bei den fraglichen Vase[n] um Privateigentum des Hohenzollernhauses handelt, hätten die Vase[n] aus dem Berliner Schlosse nicht entfernt werden dürfen. Es stand de[n] Beteiligten lediglich das Recht zu, in einer Zivilklage gegen de[n] preußischen Staat die Herausgabe der Vasen zu fordern. Von eine[r] solchen in die Wege geleiteten Verfahren ist bis zur Stunde nicht bekannt geworden. Die Vasen wurden vielmehr unter falsche[n] Vorspiegelungen dem Besitz des preußischen Staates entzoge[n] und das gegebene Versprechen, die Vasen nach erfolgter Besichtigun[g] wieder zurückzuschicken, ist nicht gehalten worden. Durch das Ve[r]bringen der Vasen nach Oels wird die Absicht einer rechtswidrige[n] Aneignung noch deutlicher. Somit ist der Tatbestand des § 246 de[s] Strafgesetzbuches vollauf erbracht. Der betreffende Paragraph laute[t]:

„Wer eine fremde bewegliche Sache, die er in Besitz ode[r] Gewahrsam hat, sich rechtswidrig aneignet, wird weg[en] Unterschlagung mit Gefängnis bis zu drei Jahren un[d] wenn die Sache ihm anvertraut ist, mit Gefängnis bis z[u] fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Das Delikt einer rechtswidrigen Aneignung kann nicht ungeschehe[n] gemacht werden, wenn das entzogene Gut dem rechtmäßigen Eigentüm[er] wieder zurückgegeben wird, was im vorliegenden Falle obendrein au[ch] nicht erfolgt ist, da Herr v. Berg die entwendeten Vasen imm[er] noch in eigener Verwahrung hält, wozu er keinerlei Be[]rechtigung hat. Alle Tatumstände ergeben somit einwandfrei, da[ß] sich die Beteiligten der Strafbarkeit ihrer Handlung voll bewußt ware[n]. Außerdem sieht § 246 des Strafgesetzbuches eine Bestrafung au[ch] schon dann vor, wenn der bloße Versuch einer betrügerischen Unte[r]schlagung als vorliegend erachtet wird. Es kann sich aber nach alle[m] Voraufgegangenem gar nicht um den bloßen Versuch, einer Unte[r]schlagung handeln, vielmehr liegt ein bereits vollzogenes De[]likt einwandfrei vor.

Wird der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin I d[er] erfolgten Strafanzeige stattgeben und die Anzeige auch auf Her[rn] v. Berg ausdehnen? Niemand wird das glauben. Aber die öffentlich[e] Begünstigung der fürstlichen Vasen-Elster wird wieder einmal d[ie] deutsche Justiz als williges Werkzeug der entthronten Räuber zeige[n].

Breslauer Verbandstag der Kommunalbeamten und -Angestellten Preußens

In Breslau fand am 7.—13. Juni der diesjährige Verbandstag des „Komba" statt. Der Komba umfaßt etwa 90 000 Kommunalbeamte Preußens. Der größte Teil der Tagesordnung wurde in geschlossener Sitzung erledigt. Zur Tagung waren eine große Anzahl Abgeordnete, Vertreter der Regierungen und der Städte erschienen. Der Vertreter des Saargebietes berichtete, daß die bayerische, preußische und die Reichsregierung trotz aller nationalen Phrasen bis heute noch nicht ihr Versprechen von 1921 eingelöst haben, die Saarbeamten finanziell soweit zu unterstützen, daß sie nicht schlechter gestellt sind als ihre Kollegen im Reich. Dabei kommen nur 2500 Kommunalbeamte in Frage.

Dr. Haneld hielt ein Referat über Selbstverwaltung und Wirtschaft. Er übte schärfste Kritik an der Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Schacht zu der Anleihepolitik der deutschen Gemeinden. Die Kredite hätten mit ganz wenigen Ausnahmen höchst produktive Verwendung gefunden. Als noch gefährlicher als die Kartelle und Trusts bezeichnete der Redner die Zwangspolitik der Innungen (!!). Die Forderungen der Wirtschaft nach Mitbestimmungsrecht und Gestaltungsrecht über die kommunalen Etats wurden scharf zurückgewiesen. Statt dessen sei die endliche Schaffung des durch die Verfassung versprochenen Beamtenvertretungsgesetzes viel notwendiger. Die Industrie sei gegen das gleiche Wahlrecht, weil das frühere Dreiklassenwahlrecht der Cliquenbildung zu ihren Gunsten Vorschub leistete. Dem Geschrei über die zu große steuerliche Belastung der Wirtschaft muß man die Forderung der Offenlegung der Steuerlisten entgegenstellen. Die Finanzlage der Gemeinden ist äußerst schlecht. Ihr Steueranteil an der Einkommensteuer z. B. ist von durchschnittlich 40 Prozent der Vorkriegszeit auf 20 Prozent gesunken. Demgegenüber sind die sozialen Aufgaben der Gemeinden stark gestiegen. So hat sich in Königsberg die Zahl der Unterstützungsempfänger versiebenfacht. In Breslau sind jetzt 8,3 Prozent der Bevölkerung unterstützungsberechtigt gegen 3,3 Prozent vor dem Kriege. Zum Schluß wandte sich der Redner noch gegen die Bedrohung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden durch Parlamente und Regierungen.

Dann sprach der Verbandsdirektor Ehrmann über „Kommunale Besoldungspolitik und Staatsinteresse". Er wandte sich gegen die zu weit gehende Einmischung des Staats in die kommunalen Besoldungsangelegenheiten, wie es durch das abgelaufene Besoldungssperrgesetz der Fall war. Die Regierung habe nur dann immer eine sehr große Rücksichtnahme auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden genommen, wenn sie von den Gewerkschaften zum Einschreiten gegen eine zu schlechte Besoldung von Kommunalbeamten aufgefordert wurde. Das Sperrgesetz werde jetzt durch Verfügungen und durch die Praxis von Aufsichtsbehörden auf Umwegen zum Teil wieder eingeführt.

Der Magistratsrat Treptow sprach über die „Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung". Nach längeren Ausführungen über die Verwaltungsreform befürwortete er die Durchführung der Nationalisierung. Die Beamten würden dadurch keinen Nachteil haben.

Dem trat ein sächsischer Delegierter entgegen. Die Nationalisierung bedeutet in ihrer Auswirkung neuen Beamtenabbau. Die schlecht bezahlte Maschinenarbeit sei in ihren Auswirkungen geradezu Mordarbeit. Die Leute, die an Büromaschinen tätig sind, sind nach einigen Jahren vollständig fertig. Auch der zu weit getriebene zentrale Einkauf habe Nachteil, daß er das Großkapital begünstigt und die örtlichen Steuerzahler benachteiligt. Es sei auch sehr fraglich, ob dadurch überhaupt Ersparnisse gemacht werden können.

Wallger sprach dann über die „Verdrängung des Berufsbeamtentums in den preußischen Gemeinden". In schwer verständlichen, sehr langen Ausführungen wandte er sich gegen die Privatisierung der Gemeindebetriebe und trat für die Aufrechterhaltung der Beamtenrechte in solchen Betrieben ein. Das Kapital würde nicht auf Kosten des Personals seine Profitpolitik treiben. Nachdem Ehrmann noch im gleichen Sinne gesprochen hatte, und die Wahlen zum Verbandsvorstand erledigt waren, wur[de] der Verbandstag geschlossen.

Der Verbandstag machte den Eindruck, daß auch die Kommuna[l]beamten allmählich begreifen, daß ihr eigentlicher Feind das Gro[ß]kapital ist. Ihre Wortführer sehen allerdings die Zusammenhän[ge] und Auswirkungen manchmal nicht richtig, wie die Behauptung Haneld[s] die Innungen seien gefährlicher wie Kartelle und Trusts und die Ve[r]kennung der Auswirkungen des Rationalisierungsprozesses durch d[en] offiziellen Referenten zeigen. Das kann, wenn die Fehler nicht no[ch] rechtzeitig eingesehen und korrigiert werden, verhängnisvoll für d[ie] Beamten werden. Auffällig war auch das Fehlen des Hinweis[es] auf die Interessensolidarität mit den Gemeindearbeitern. Das lie[gt] wohl hauptsächlich an der Zusammensetzung der Organisation, in d[er] die unteren Beamten nur spärlich vertreten sind.

Zu bedauern war auch, daß während der ganzen Tagung a[uf] die Bedeutung des Volksentscheides nicht hingewiesen wurde. Gerade[zu] unentschuldbar ist das aber bei den sozialdemokratischen Delegierte[n], die in einiger Anzahl vertreten waren.

Einheitskomitee im Ruhrgebiet und Jen[a]

(Eig. Drahtb.) Essen, 16. Juni.

Im Ruhrgebiet werden in zahlreichen Orten Einheitskomitee[s] unter Beteiligung der Gewerkschaften, der SPD. und der Christlich[-] Sozialen Reichspartei gegründet.

(Eig. Drahtb.) Jena, 16. Juni.

Trotz der Drohungen der Thüringer Bezirksleitung der SPD., d[ie] mit Ausschluß droht, sind in der Volksentscheidungskampagne vo[n] SPD.-Ortsgruppen zusammen mit der KPD. Einheitskomitees ge[]gründet worden. Fast überall haben sich die KPD., die SPD. un[d] das Gewerkschaftskartell für einen gemeinsamen Schlepperdienst für de[n] Volksentscheid verpflichtet.

Stahlhelmübungen in Schlesien

Aus Haynau wird uns mitgeteilt:

Am Sonntag, den 13. Juni, fand in der Umgebung vo[n] Haynau zwischen Michalsdorf und Baudmannsdo[rf] eine größere Geländeübung des Stahlhelms statt. Der Fein[d] war durch rote Fähnchen markiert. Die zurückkehrenden Pr[o]pagandatrupps des RFB., die von der Landagitation kame[n] bekundeten, daß bei der Uebung sogar geschossen wurde.

Die Regierungsmaßnahmen gegen di[e] englischen Bergarbeiter

(Eig. Drahtb.) London, 16. Juni.

Im Unterhaus kündigte Baldwin an, daß die Regierung ein[en] Gesetzentwurf einbringen würde, der die Arbeitszeit der Bergarbeit[er] von 7—8 Stunden täglich für die nächste Zeit erzwingen soll. Gege[n]über dieser unerhörten Regierungs-Provokation, die Arbeitszeit dur[ch] gesetzliche Verpflichtung zu verlängern, erklärte Cook bereits vo[r] einigen Tagen in seiner Rede in Cornwall: „Sollte aber Baldwin ve[r]suchen, eine Verlängerung der Arbeitszeit durch Gesetzentwurf [zu] erzwingen, so wäre dies die Einleitung zu einer englisch[en] Revolution."

Rußlands Antwort auf die englische Note

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtb.) Auf die englische Drohno[te] wegen angeblicher Unterstützung der englischen Streikenden durch russisch[e] Regierungsgelder antwortet die Sowjet-Regierung, daß die Geld[er] vom Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union gesandt seien, und daß in Rußland kein allgemeines Valutaaus[]fuhrverbot bestehe.

Die

Gleich
rise au
lassung
der Arb
Versicherun
150 000 A
die Zahlen
Am Ende
setzt eine
der Angestl
beitsbedingu
haben die
einigten St
haben die
sperrungsd
Man will
und die
Generaldire
bayerischen
54 Stunden
durchschnitt
unteren G
gehört, 130
wenn gleich
wäre von
Direktoren

Hand
Arbeitsbed
fizierte
billiger
arbeit wird

Gerade
sal der ä
anderes ü
zunehmen
die Aussich
Angestellte

Hunger
nutzung de
und scharfe
für die d
Unternehme
stellten hein

Und z
in Not und
in ihrem
weniger
deutschen F
Volk verp
unterhalt
herrlichen
als sich de
leider nicht
thres im
tums" gela
des werktä

Es gib
Hindenburg
gungslose
lagen eines
und Vertei
wird man
Verletzung
auch gegen
nationalen,
derjenigen
Bestimmung
land-Westfa
und Entlo
Es ist kein
der Fürsten
die sie den

Kriegs
sind. Am
jagten Für
Sieg der F

verstärkte
rung der
sammenhang
Wenn die
sie, wo de

Mit reinem
am 4.
Mit reinem
tausend
Mit reinem
darben,
Mit reinem
gerichte
Mit reinem
der für
Nieder mit

Die
wieder ein
Leutna
begreifen.
Reichspräsi
auf jeden
Zeitung"
die Nat a

Zwölf
gericht üb
halter des
lichen und
Allerhöchst
sind unter
bedingung
Fürstenhäu

Heute

Mittwoch, 16. Juni 1926
8. Jahrgang. Nummer 137

ung

Expedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Telephon Ring 2637.
Konto-Konto: Breslau 544. Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Ring 8/10, Tel. 405. Waldenburg, Schulstr. 5, Tel. 181. Görlitz, Tel. 2854. Liegnitz, Dänemarkstr. 40. Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Ring 2637. Sprechzeit der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, 11½ u. 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends u. 6—7 Uhr.
Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau

gandakasse

jede Stimme kommt es an!

Was folgt daraus?

r. Breslau, 16. Juni.

„Jede Million Stimmen weniger bedeutet wahrscheinlich mehrere hundert Millionen Goldmark für die Fürsten mehr. Auf jeden Fall fällt diesmal also jede Stimme ins Gewicht . . ."

(—m in der „Volkswacht" vom 15. Juni.)

vier Tagen wird nun also ein Zwanzig-Millio-
eer aufmarschieren müssen, um den Milliardenraub der
diesen wichtigen Vorstoß der Monarchisten, abzuschlagen.
enn mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten, die
it derer, die von ihrer Hände und Hirne Arbeit leben,
a" für die entschädigungslose Enteignung in die Wag-
erfen, wird der Volksentscheid — zunächst allerdings
— mit einem Siege des Volkes enden. Das bedeutet,
12,5 Millionen Kämpfer des Volksbegehrens um
7,5 vermehrt werden müssen.

schwere, nur durch größte Kraftanspan-
lösende Aufgabe!

zahlenmäßig hat das Kampflager der Fürstenlakaien
nur eine Minderheit der werktätigen Volksmassen
und Land für sich. Dagegen verfügt es über zwei
Vorteile: Es hat einmal den sabotierenden Staats-
at, von Hindenburg bis zum letzten Gutsvorstand,
er Seite und dann weist es die größte innere Ge-
lenheit und Planmäßigkeit seines Vorgehens
estützt auf eine leistungsfähige, von den fürstlichen In-
en gespeiste Kasse, dirigiert der monarchistische General-
ter der Leitung des berüchtigten Hohenzollernschen Ge-
s v. Berg, die seit Tagen mit aller Heftigkeit to-
Benebelungsoffensive der Fürstenlakaien. Alle Register
ogen und es ist bewundernswert zu sehen, mit welcher
lichkeit die fürstenfreundlichen Presseorgane, „Abwehr-
ste" und Parteien nach einem genau festgesetzten, zum
gar bekannten Plane vorgehen.

ese Einheitlichkeit und Geschlossenheit
im Lager des Volksentscheides.

s ist eine ernste Feststellung, zu der wir noch in
Stunde gezwungen sind. Denn durch das Lager des
tscheids geht ein folgenschwerer Riß. Auf der einen
befindet sich die Sozialdemokratie, auf der anderen die
nistische Partei, die Christlich-Soziale Reichspartei und
bürgerlichen Organisationen und Parteisplitter, die sich
Kuczynski-Ausschüssen vereinigt haben. Obwohl große
rer eigenen Mitglieder dagegen rebellieren, lehnte und
e Führung der SPD. jede Verständigung über ein ge-
es, organisatorisches Vorgehen ab.

se ungeheuerliche Haltung verdient schärfste
teilung. Sie kommt einer direkten Sabotage des
tscheiderfolges und damit einer Unterstützung der Für-
essen gleich. In dem oben wiedergegebenen Zitat des
n Hauptorgans der SPD., der Breslauer „Volks-
wird auf die Wichtigkeit jeder Stimme hingewiesen
gestellt, daß jede Million Stimmen weniger, mehrere
Millionen für die Fürsten mehr bedeute. Sehr
aber — was folgt daraus? Doch wohl, daß die
es Antifürstenblocks so eingesetzt werden müßten, daß
Höchstzahl von Stimmen zu mobilisieren im Stande sind.
te Planmäßigkeit der Arbeit, vorherige Ver-
ung der einzelnen Organisationen über ihre Agitation
Und das wird durch die Haltung der
führer verhindert.

*

in anderer Hinsicht ist der oben erwähnte Artikel von
der „Volkswacht" interessant. Er wendet sich mit Recht
„Mießmacherei", die nicht an den Sieg glaube,
stellt demgegenüber auf die guten Aussichten die — das
mmt mit im Reichstag bei einem zwar nicht genügen-
doch immerhin imponierenden Ergebnis des Volks-
ahe. Fürwahr, eine ganz besondere Taktik zur
der Kampfentschlossenheit. Der Feldherr — m
der Schlacht mit eventuellen sicheren Rückzugs-

wäre, so scheint uns, wenn — m statt dessen
daß auch nach dem Stimmsiege des Volks-
Kampf gegen die monarchistische Reaktion nicht
daß er gerade dann, — siehe Staatsstreichpläne
— in ein entscheidendes Stadium tritt.

War es doch die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung", die vor einigen Tagen feststellte:

„Jedenfalls ist sicher, daß nach dem 20. Juni der Kampf erst in der vollsten Schärfe entbrennen dürfte."

In dieser politischen Situation, deren Barometer ganz offensichtlich nach „Sturm" neigt, malt — n dagegen die Idylle von einem erschrockenen Parlament dessen Abfindungsgesetze schließlich auch bei 19 Millionen Stimmen dem Enteignungsentwurf „ganz nahe" kommen würden ....

Das schlesische werktätige Volk wird sich durch solche strategischen Weisheiten nicht beirren lassen. Es wird alle seine Kräfte und zwar möglichst einheitlich und geschlossen einsetzen. Es wird erkennen, daß es für den 20. Juni und für den nicht minder schweren Kampf nachher gerüstet dastehen muß.

„Alle Mann an die Urne"

Reichsbannergeneral Deimling zum 20. Juni

In der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht der bekannte Reichsbanner-General Deimling einen Appell zum Volksentscheid, in dem es heißt:

„Warum geben denn die Monarchisten nicht die Parole aus, am 20. Juni mit „Nein" zu stimmen. Das wäre klar und aufrecht. Aber die Verfassung soll sabotiert werden! Wenn am 20. Juni weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten, das sind 20 Millionen Bürger, zur Urne gehen, dann werden hinterher die Gegner der Republik sagen: „Seht Ihr, das Volk hat durch Fernbleiben selbst gezeigt, daß es gar nichts wissen will von Volksentscheid und Volkssouveränität. Wir haben es ja immer gesagt, daß die Demokratie nichts taugt für die Deutschen. Für sie ist das einzig Wahre die Monarchie, wo die Massen die Knochen zusammenreißen und den Mund halten müssen ..."

Mangelhafte Beteiligung am Volksentscheid würde also der Reaktion erwünschten Anlaß geben, dem neulichen Vorstoß gegen die Reichsflagge bald weitere Attacken gegen die Grundlagen der Republik folgen zu lassen.

Es geht somit am 20. Juni nicht nur um das Fürstenvermögen, sondern es geht auch um die Republik.

Reißt die Schwankenden, die Zaghaften und Gleichgültigen mit empor!

Alle Mann an die Urne!"

Deimling sieht richtig, daß die Terrorparole der Monarchisten der Auftakt zu weiteren Vorstößen in der Richtung der Diktatur ist. Er will, daß durch geschlossene Abstimmung am 20. Juni dem Terror der Monarchisten entgegengetreten werde, er hofft dadurch die bürgerliche „Demokratie" zu retten.

Deimling will nicht sehen, daß die Hindenburg-Marx, trotz eines gegen sie gerichteten Millionenvotums ihre Staatsstreichpläne weiter verfolgen wollen. So richtig es ist, daß eine hohe Millionenzahl von Ja-Stimmen am 20. Juni ein schwerer Schlag für die monarchistische Konterrevolution ist, so wenig darf vergessen werden, daß die Aktion mit dem Stimmzettel allein nicht genügt, sondern daß im außerparlamentarischen Kampf den Staatsstreichplänen entgegengetreten werden muß. Deimling sieht das nicht und will es nicht sehen. Um so besser müssen es aber die proletarischen Mitglieder des Reichsbanners begreifen. Sie müssen sich in die rote Front einreihen. Die kapitalistische Klasse zeigt in diesen Tagen ganz deutlich, daß die Weimarer Verfassung den Werktätigen die elementarsten politischen Rechte rauben. Darum muß der Kampf gegen dieses kapitalistische Regime, für die Rechte und Forderungen der Werktätigen und für die Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden.

100 Schlösser!

Wenige Tage nach dem Volksentscheid werden die Mieten die Friedensmiete bereits um 4 bis 10 Prozent übersteigen. Der Lebensindex erfährt eine weitere Erhöhung, noch mehr Menschen als bisher werden auf enger werdende Räume zusammengedrängt werden, die Zahl der Arbeitslosen hat in den letzten Tagen eine weitere sogar ungewöhnlich scharfe Aufwärtsbewegung erfahren. Während die Unternehmer aber die Arbeiter und Angestellten aus Profitinteressen auf die Straßen werfen, erlegen sie sich eine Kopfabgabe zur Finanzierung ihrer Kampagne gegen den Volksentscheid auf. Man muß sich die katastrophalen Lage der arbeitenden Masse vor Augen halten, welche Beträge die Fürsten für sich beanspruchen, bzw. schon erhalten haben oder durch einen Vergleich erhalten sollen.

Die Hohenzollern	20 Schlösser,
Die Wittelsbacher	7 Schlösser,
Die Anhalter	3 Schlösser,
Die Badener	6 Schlösser,
Die Württemberger	4 Schlösser,
Die Mecklenburger	7 Schlösser,
Der Ernst-Herzog von Koburg	5 Schlösser,
Die Schwarzburger	6 Schlösser,
Die Weimarer	3 Schlösser,
Die Meininger	4 Schlösser,
Die Braunschweiger	2 Schlösser,
Die Waldecker	3 Schlösser.

Aber diese Liste ist noch nicht vollständig. Alles in allem beläuft sich die Zahl der geforderten Schlösser auf weit über 100. Hundert Schlösser für 20 Familien! Wo in Mietshäusern hundert Parteien in einer elenden Kaserne hausen müssen. Hindenburg und Marx sind mit einem solchen Zustand völlig einverstanden, sie halten es ganz in der Ordnung, und wer es nicht dafür hält, kann ins Loch spazieren. Ein ausländischer Prinz, ein Hochverräter und Fememörder, der Herzog von Koburg, soll 5 Schlösser erhalten mit 1000 Räumen.

Für die revolutionären Arbeiter hält Hindenburg ebensoviele Kerkerlöcher offen!

Königliches Preisschießen

Der „Hofer Anzeiger" brachte am 3. Juni folgendes Inserat:

„Vereinigung ehem. Angeh. Kgl. bayr. Chev.-Regtr. Hof und Umgegend. Unser zweites großes Reit- und Fahrturnier findet am Sonntag, 8. August, auf dem erweiterten Gelände der Hohen Saas statt. Das Protektorat hat in liebenswürdiger Weise Se. Kgl. Hoheit Prinz Alfons von Bayern übernommen. Den Teilnehmern winken große Preise. Ausgeritten werden die folgenden gestifteten Preise: Ehr. Kgl. Hohl. Kronprinz Rupprecht von Bayern, Ehr. Kgl. Hohl. Prinz Alfons von Bayern."

Die „Königlichen Hoheiten" haben allerhand Geld übrig, beim großen monarchistischen Preisschießen für diejenigen „große Preise" zu stiften, die ihre beste Treffsicherheit in den Vorbereitungen zum Bürgerkrieg beweisen.

Das werktätige Volk wird am kommenden Sonntag seine Treffsicherheit durch die Abgabe von

20 Millionen „Ja"-Stimmen für den Volksentscheid

beweisen. Dann wird den königlichen Volksfeinden das Verteilen von „großen Preisen" für immer vergehen!

Demokraten für den Volksentscheid

(Eig. Drahtb.) Frankfurt a. M., 16. Juni.

Der Parteirat der Demokraten für Hessen-Nassau erläßt einen Aufruf, in dem er zu der Beteiligung an der Abstimmung

Strafanzeige gegen die Vasendiebe

Cäcilie, v. Berg und der Staatsanwalt

(Eig. Drahtb.) Berlin, 16. Juni.

Die „Republikanische Beschwerdestelle" hat unter dem 14. Mai 1926 beim Generalstaatsanwalt des Landgerichts Berlin / gegen Frau Cecilie, Prinz von Preußen, wohnhaft in Oels in Schlesien Strafanzeige wegen betrügerischer Unterschlagung erstattet. Die Anzeige stützt sich auf die bekannte Entwendung der kostbaren Severes-Vasen aus dem Schlosse zu Berlin.

Wie ist der Tatbestand? Die Entwendung ist unter der Vorspiegelung erfolgt, daß die frühere Kronprinzessin den Wunsch äußerte, die Vasen noch einmal besichtigen zu dürfen. Das ist ihr auch gestattet worden. Jedoch wurden die Vasen entgegen der getroffenen Vereinbarung nicht wieder zurückgegeben. Sie wurden vielmehr nach Oels gebracht, und als der preußische Staat sein Eigentum zurückforderte, erhielt er von der ehemaligen Kronprinzessin als Antwort einen in schnippigem Tone gehaltenen Brief, in dem zu lesen stand, der preußische Staat halte dem Hohenzollernhause gegenüber seine Verpflichtungen nicht ein, also habe auch sie, die frühere Kronprinzessin, keinen Grund, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staate einzuhalten.

Auf die erfolgte Strafanzeige hin sind die Vasen mittlerweile nach Berlin zurückgebracht worden; sie befinden sich gegenwärtig in der Verwahrung des Herrn v. Berg, Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses. Dieser hat seinerseits in der Presse erklären lassen, die Vasen seien auf seine Veranlassung aus dem Berliner Schlosse entfernt und nach Oels gebracht worden. Die Republikanische Beschwerdestelle hat nunmehr die Strafanzeige auch auf Herrn v. Berg ausgedehnt. In dem an den Generalstaatsanwalt gerichteten Strafantrag heißt es:

„Nachdem der Verwalter des früheren königlichen Hauses, Herr v. Berg, der Presse eine Erklärung zugesandt hat, daß die Vasen auf seine Veranlassung hin nach Oels geschafft und auf seine Veranlassung hin zurückgehalten worden sind, beantragen wir, den am 14. Mai gegen Frau Cecilie, Prinz von Preußen, gestellten Strafantrag auch auf den Verwalter des früheren königlichen Hauses auszudehnen und auch gegen Herrn v. Berg das Strafverfahren einzuleiten."

Zu diesem Vorgang wird uns von juristischer Seite noch geschrieben: Es liegt hier das Delikt einer betrügerischen Unterschlagung vor. Selbst wenn die frühere Kronprinzessin oder der Generalverwalter des früheren königlichen Hauses, Herr v. Berg, der Ansicht gewesen sein sollten, daß es sich bei den fraglichen Vasen um Privateigentum des Hohenzollernhauses handelt, hätten die Vasen aus dem Berliner Schlosse nicht entfernt werden dürfen. Es stand den Beteiligten lediglich das Recht zu, in einer Zivilklage gegen den preußischen Staat die Herausgabe der Vasen zu fordern. Von einem solchen in die Wege geleiteten Verfahren ist bis zur Stunde nichts bekannt geworden. Die Vasen wurden vielmehr unter falschen Vorspiegelungen dem Besitz des preußischen Staates entzogen, und das gegebene Versprechen, die Vasen nach erfolgter Besichtigung wieder zurückzuschicken, ist nicht gehalten worden. Durch das Verbringen der Vasen nach Oels wird die Absicht einer rechtswidrigen Aneignung noch deutlicher. Somit ist der Tatbestand des § 246 des Strafgesetzbuches vollauf erbracht. Der betreffende Paragraph lautet:

„Wer eine fremde bewegliche Sache, die er in Besitz oder Gewahrsam hat, sich rechtswidrig aneignet, wird wegen Unterschlagung mit Gefängnis bis zu drei Jahren und, wenn die Sache ihm anvertraut ist, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Das Delikt einer rechtswidrigen Aneignung kann nicht ungeschehen gemacht werden, wenn das entzogene Gut dem rechtmäßigen Eigentümer wieder zurückgegeben wird, was im vorliegenden Falle obendrein auch nicht erfolgt ist, da Herr v. Berg die entwendeten Vasen immer noch in eigener Verwahrung hält, wozu er keinerlei Berechtigung hat. Alle Tatumstände ergeben somit einwandfrei, daß sich die Beteiligten der Strafbarkeit ihrer Handlung voll bewußt waren. Außerdem sieht § 246 des Strafgesetzbuches eine Bestrafung auch schon dann vor, wenn der bloeß Versuch einer betrügerischen Unterschlagung als vorliegend erachtet wird. Es kann sich aber nach allem Voraufgegangenem gar nicht um den bloßen Versuch, einer Unterschlagung handeln, vielmehr liegt ein bereits vollzogenes Delikt einwandfrei vor.

Wird der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin I der erfolgten Strafanzeige stattgeben und die Anzeige auch auf Herrn v. Berg ausdehnen? Niemand wird das glauben. Aber die öffentliche Begünstigung der fürstlichen Vasen-Elster wird wieder einmal die deutsche Justiz als williges Werkzeug der entthronten Räuber zeigen.

Fürstenabfindung heißt

Finanzierung der mon[illegible]ch- und Fememörder-Organisationen / Wollt [illegible] uergeldern faschistische

Arb[illegible]der bezahlen?

Klein

Breslauer Verbandstag der Kommunalbeamten und -Angestellten Preußens

In Breslau fand am 7.—13. Juni der diesjährige Verbandstag des „Komba" statt. Der Komba umfaßt etwa 90 000 Kommunalbeamte Preußens. Der größte Teil der Tagesordnung wurde in geschlossener Sitzung erledigt. Zur Tagung waren eine große Anzahl Abgeordnete, Vertreter der Regierungen und der Städte erschienen. Der Vertreter des Saargebietes berichtete, daß die bayerische, preußische und die Reichsregierung trotz aller nationalen Phrasen bis heute noch nicht ihr Versprechen von 1921 eingelöst haben, die Saarbeamten finanziell soweit zu unterstützen, daß sie nicht schlechter gestellt sind als ihre Kollegen im Reich. Dabei kommen nur 2500 Kommunalbeamte in Frage.

Dr. Hanelt hielt ein Referat über Selbstverwaltung und Wirtschaft. Er übte schärfste Kritik an der Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Schacht zu der Anleihepolitik der deutschen Gemeinden. Die Kredite hätten mit ganz wenigen Ausnahmen höchst produktive Verwendung gefunden. Als noch gefährlicher als die Kartelle und Trusts bezeichnete der Redner die Zwangspolitik der Innungen (!!). Die Forderungen der Wirtschaft nach Mitbestimmungsrecht und Gestaltungsrecht über die kommunalen Etats wurden scharf zurückgewiesen. Statt dessen sei die endliche Schaffung des durch die Verfassung versprochenen Beamtenvertretungsgesetzes viel notwendiger. Die Industrie sei gegen das gleiche Wahlrecht, weil das frühere Dreiklassenwahlrecht der Cliquenbildung zu ihren Gunsten Vorschub leistete. Dem Geschrei über die zu große steuerliche Belastung der Wirtschaft muß man die Forderung der Offenlegung der Steuerlisten entgegenstellen. Die Finanzlage der Gemeinden ist äußerst schlecht. Zur Steuerquote an der Einkommensteuer z. B. ist von durchschnittlich 40 Prozent der Vorkriegszeit auf 20 Prozent gesunken. Demgegenüber sind die sozialen Aufgaben der Gemeinden stark gestiegen. So hat sich in Königsberg die Zahl der Unterstützungsempfänger versiebenfacht. In Breslau sind jetzt 8,3 Prozent der Bevölkerung unterstützungsberechtigt gegen 3,3 Prozent vor dem Kriege. Zum Schluß wandte sich der Redner noch gegen die Bedrohung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden durch Parlamente und Regierungen.

Dann sprach der Verbandsdirektor Ehrmann über „Kommunale Besoldungspolitik und Staatsinteresse". Er wandte sich gegen die zu weit gehende Einmischung des Staats in die kommunalen Besoldungsangelegenheiten, wie es durch das abgelaufene Besoldungssperrgesetz der Fall war. Die Regierung habe nur dann immer eine sehr große Rücksichtnahme auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden genommen, wenn sie von den Gewerkschaften zum Einschreiten gegen eine zu schlechte Besoldung von Kommunalbeamten aufgefordert wurde. Das Sperrgesetz werde jetzt durch Verfügungen und durch die Praxis von Aufsichtsbehörden auf Umwegen zum Teil wieder eingeführt.

Der Magistratsrat Treptow sprach über die „Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung". Nach längeren Ausführungen über die Verwaltungsreform befürwortete er die Durchführung der Rationalisierung. Die Beamten würden dadurch keinen Nachteil haben.

Dem trat ein sächsischer Delegierter entgegen. Die Rationalisierung bedeutet in ihrer Auswirkung neuen Beamtenabbau. Die schlecht bezahlte Maschinenarbeit sei in ihren Auswirkungen geradezu Mordarbeit. Die Leute, die an Büromaschinen tätig sind, sind nach einigen Jahren vollständig fertig. Auch der zu weit getriebene zentrale Einkauf habe Nachteil, daß er das Großkapital begünstigt und die örtlichen Steuerzahler benachteiligt. Es sei auch sehr fraglich, ob dadurch überhaupt Ersparnisse gemacht werden können.

Wallger sprach dann über die „Verdrängung des Berufsbeamtentums in den preußischen Gemeinden". In schwer verständlichen, sehr langen Ausführungen wandte er sich gegen die Privatisierung der Gemeindebetriebe und trat für die Aufrechterhaltung der Beamtenrechte in solchen Betrieben ein. Das Kapital dürfe nicht auf Kosten des Personals seine Profitpolitik treiben. Nachdem Ehrmann noch im gleichen Sinne gesprochen hatte, und die Wahlen zum Verbandsvorstand erledigt waren, wurde der Verbandstag geschlossen.

Der Verbandstag machte den Eindruck, daß auch die Kommunalbeamten allmählich begreifen, daß ihr eigentlicher Feind das Großkapital ist. Ihre Wortführer sehen allerdings die Zusammenhänge und Auswirkungen manchmal nicht richtig, wie die Behauptung Hanelds, die Innungen seien gefährlicher wie Kartelle und Trusts und die Verkennung der Auswirkungen des Rationalisierungsprozesses durch den offiziellen Referenten zeigen. Das kann, wenn die Fehler nicht noch rechtzeitig eingesehen und korrigiert werden, verhängnisvoll für die Beamten werden. Auffällig war auch das Fehlen des Hinweises auf die Interessensolidarität mit den Gemeindearbeitern. Das liegt wohl hauptsächlich an der Zusammensetzung der Organisation, in der die unteren Beamten nur spärlich vertreten sind.

Zu bedauern war auch, daß während der ganzen Tagung auf die Bedeutung des Volksentscheides nicht hingewiesen wurde. Geradezu unentschuldbar ist das aber bei den sozialdemokratischen Delegierten, die in einiger Anzahl vertreten waren.

Einheitskomitee im Ruhrgebiet und Jena

(Eig. Drahtb.) Essen, 16. Juni.

Im Ruhrgebiet werden in zahlreichen Orten Einheitskomitees unter Beteiligung der Gewerkschaften, der SPD. und der Christlich-Sozialen Reichspartei gegründet.

(Eig. Drahtb.) Jena, 16. Juni.

Trotz der Drohungen der Thüringer Bezirksleitung der SPD., die mit Ausschluß droht, sind in der Volksentscheidungskampagne von SPD.-Ortsgruppen zusammen mit der KPD. Einheitskomitees gegründet worden. Fast überall haben sich die KPD., die SPD. und das Gewerkschaftskartell für einen gemeinsamen Schlepperdienst für den Volksentscheid verpflichtet.

Stahlhelmübungen in Schlesien

Aus Haynau wird uns mitgeteilt:

Am Sonntag, den 13. Juni, fand in der Umgebung von Haynau zwischen Michalsdorf und Baudmannsdorf eine größere Geländeübung des Stahlhelms statt. Der Feind war durch rote Fähnchen markiert. Die zurückkehrenden Propagandatrupps des RFB., die von der Landagitation kamen, bekundeten, daß bei der Uebung sogar geschossen wurde.

Die Regierungsmaßnahmen gegen die englischen Bergarbeiter

(Eig. Drahtb.) London, 16. Juni.

Im Unterhaus kündigte Baldwin an, daß die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen würde, der die Arbeitszeit der Bergarbeiter von 7—8 Stunden täglich für die nächste Zeit erzwingen soll. Gegenüber dieser unerhörten Regierungs-Provokation, die Arbeitszeit durch gesetzliche Verpflichtung zu verlängern, erklärte Cook bereits vor einigen Tagen in seiner Rede in Cornwall: „Sollte aber Baldwin versuchen, eine Verlängerung der Arbeitszeit durch Gesetzentwurf zu erzwingen, so wäre dies die Einleitung zu einer englischen Revolution."

Rußlands Antwort auf die englische Note

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtb.) Auf die englische Drohnote wegen angeblicher Unterstützung der englischen Streikenden durch russische Regierungsgelder antwortet die Sowjet-Regierung, daß die Gelder vom Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union gesandt seien, und daß in Rußland kein allgemeines Valutaausfuhrverbot bestehe.

Die Angestellten und der Volksentscheid

Gleich einer verheerenden Sturmflut ist die Wirtschaftskrise auch über die Angestellten hereingebrochen. Massenentlassungen, Gehaltsverkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit sind ihre Auswirkungen. Die Banken und die Versicherungsgesellschaften allein haben in den letzten Jahren mehr als 150 000 Angestellte abgebaut. Im Handel und in der Industrie sind die Zahlen der entlassenen Angestellten gar nicht statistisch zu erfassen. Am Ende eines jeden Monats und sechs Wochen vor Vierteljahrsschluß setzt eine neue Kündigungswelle ein. Den überfüllten Arbeitsmarkt der Angestellten nützt das Unternehmertum weidlich aus, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Erst in den letzten Wochen wieder haben die dem neugeschaffenen Ruhrmontantrust angehörigen Vereinigten Stahlwerke ihren zirka 17 000 Angestellten gekündigt. Ebenso haben die bayerischen Industriellen 25 000 Angestellten mit Aussperrungsdrohungen gekündigt. Der Zweck ist beide Male derselbe. Man will zunächst eine Anzahl Angestellte und besonders die älteren und die Verheirateten, überhaupt nicht mehr einstellen. Das hat der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke offen ausgesprochen. Die bayerischen Unternehmer wollen zunächst die tarifliche Arbeitszeit auf 54 Stunden in der Woche verlängern. Dann sollen die Gehälter um durchschnittlich 30—40 Proz. herabgesetzt werden. Sie würden in den unteren Gruppen, zu denen die übergroße Mehrzahl der Angestellten gehört, 130 Mark im Monat nicht übersteigen. Wie ein Hohn wirkt es, wenn gleichzeitig ein Generaldirektor erklärt, auch sein Jahresgehalt wäre von 650 000 Mark auf 600 000 Mark, und die Gehälter seiner Direktoren von 240 000 auf 215 000 Mark herabgesetzt worden.

Hand in Hand mit diesen Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen geht der Ersatz des älteren und qualifizierteren Personals durch jüngere, ungelernte und billigere Kräfte. Die zunehmende Einführung der Maschinenarbeit wird diese Tendenz immer mehr verstärken.

Geradezu trostlos ist unter diesen Umständen besonders das Schicksal der älteren stellungslosen Angestellten. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die schlechtest bezahlte berufsfremde Arbeit anzunehmen oder betteln zu gehen, was auf dasselbe hinauskommt. Denn die Aussichten, jemals wieder im Beruf unterzukommen, sind für solche Angestellte gleich Null.

Hungergehälter im wahrsten Sinne des Worts, vorzeitige Abnutzung der Arbeitskraft durch maßlose Verlängerung der Arbeitszeit und scharfe Antreiberei, Massenentlassungen und Versinken in Elend für die davon Betroffenen, absolute Rechtlosigkeit gegenüber dem Unternehmertum, das ist das Schicksal, von dem heute die Angestellten heimgesucht werden.

Und zur gleichen Zeit, in welcher breite Massen der Angestellten in Not und Elend versinken, erheben die ehemaligen Fürsten, die nie in ihrem Leben wirklich gearbeitet haben, Anspruch auf nicht weniger als drei Milliarden Goldmark. Die ehemaligen deutschen Fürsten mit ihrem Anhang sind der Meinung, daß das deutsche Volk verpflichtet sei, für ihren „standesgemäßen" luxuriösen Lebensunterhalt zu sorgen. Diese Leute, die uns durch den Weltkrieg so herrlichen Zeiten entgegengeführt haben, sind im November 1918, als sich der Bankerott ihrer Gottesgnadenpolitik so kraß offenbarte, leider nicht entsprechend „abgefunden" worden. Man hat sie im Besitz ihres im Laufe der Jahrhunderte zusammengeraubten „Privateigentums" gelassen. Sie haben die Mittel eifrig benutzt, um zum Schaden des werktätigen Volkes ihre Restaurierungspläne eifrig zu betreiben.

Es gibt sogar Parteien, die diese Ansprüche unterstützen und mit Hindenburg an der Spitze die Behauptung aufstellen, die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten verletze die „Grundlagen eines Rechtsstaates". Sieht man sich aber diese Fürstenfreunde und Verteidiger des angeblichen „Rechtsstaates" einmal näher an, so wird man feststellen, daß das gerade diejenigen Leute sind, die unter Verletzung von Recht und Gesetz gegen die Werktätigen und besonders auch gegen die Angestellten immer brutaler vorgehen. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sind die Parteien derjenigen Leute, die jetzt wieder, sogar unter Verletzung gesetzlicher Bestimmungen, die Massenkündigungen für die Angestellten in Rheinland-Westfalen und in Bayern ausgesprochen haben, die die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Angestellten verschlechtern wollen. Es ist kein Zufall, daß sie sich gleichzeitig so eifrig für die Forderungen der Fürsten einsetzen. Sie wissen ganz genau, daß die drei Milliarden die sie den Fürsten und ihrem Anhang zuschanzen wollen,

Kriegsgelder im Kampf gegen die Angestellten und Arbeiter

sind. Am 20. Juni geht es um mehr als darum, ob die davongejagten Fürsten einen „standesgemäßen" Unterhalt führen sollen. Der Sieg der Fürsten bedeutet

Verstärkung der Unternehmeroffensive,

verstärkte Ausbeutung, weitere Herabsetzung der Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, Fortsetzung der Massenentlassungen und im Zusammenhang damit Vertiefung und Erweiterung des Massenelends. Wenn die Fürstenknechte von Recht und Gerechtigkeit schreien, so fragt sie, wo denn Recht und Gerechtigkeit bleiben, wenn Angestellte, die jahrzehntelang vom Unternehmer ausgebeutet worden sind, mit ihren Familien erbarmungslos dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Wenn sie vom standesgemäßen Unterhalt der Fürsten und ihrer Mätressen reden, so fragt sie, wo denn der standesgemäße Unterhalt der Angestellten bleibt, die im Monat mit 120 Mark „abgefunden" werden. Das genügt nicht einmal für den nackten Lebensunterhalt, geschweige denn um den Ansprüchen zu genügen, die der Unternehmer allein schon an Wäsche und Kleidung der Angestellten stellt und die sie erfüllen müssen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, schon aus diesem Grunde entlassen zu werden. Wenn die frommen Fürstenknechte so viel von den Grundsätzen des Rechtsstaates reden, so fragt sie, wo denn die Grundsätze bleiben, wenn man den Angestellten jetzt wieder

die Sonntagsruhe rauben will.

Recht und Gerechtigkeit ist für diese Herrschaften eben immer gleichbedeutend mit Profit und Besitz. Die schlecht bezahlten, unmäßig ausgebeuteten, die stellungslosen Angestellten wissen alle diese heuchlerischen Redensarten entsprechend einzuschätzen. Sie wissen, daß es nur um ein einzigstes Recht geht, um ihr ureigenstes Recht auf Existenz, auf menschenwürdigste Lebensbedingungen. Kein Angestellter wird deshalb der Abstimmung fernbleiben, jeder beantwortet am 20. Juni die Frage nach der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten mit

Mit reinem Gewissen ziehe ich das Schwert — erklärte Wilhelm II. am 4. August 1914.

Mit reinem Gewissen sah er zu — als Hunderttausende und Hunderttausend den Heldentod für sein Gottesgnadentum starben.

Mit reinem Gewissen ließ er — das Volk durchhalten, hungern und darben, während er an festlicher Tafel die Staatsgeschäfte führte.

Mit reinem Gewisse floh er ins Ausland — während seine Kriegsgerichte noch einfache, gemeine Deserteure erschießen ließen.

Mit reinem Gewissen werdet Ihr — am 20. Juni für die Enteignung der fürstlichen Räuber stimmen!

Nieder mit der Hohenzollernpest!

SM!

Im Schlosse zu Berlin fand man im November 1918 ungeheure Stapel von Vorräten; man konnte sich im Schlaraffenland wähnen. Während ringsum im Lande das fürchterlichste Elend herrschte, viele, viele Millionen buchstäblich hungerten, Dörrgemüse und Klippfisch Delikatessen waren, wiesen die Vorratskammern Wilhelms eine Ueberfülle auf. Man fand 80 Zentimeter hoch aufgeschüttetes bestes Weizenmehl in mehreren Zimmern. Alles in allem über 25 000 Kilogramm Weizenmehl, 3500 Kilogramm Zucker, 12 000 Kilogramm Gemüsekonserven, 3000 Kilogramm Fruchtkonserven, 300 Kilogramm Fleischkonserven, 1350 Flaschen Sahne! Als man die Vorräte für die Krankenhäuser beschlagnahmte, besaß Wilhelm der Davongelaufene die Frechheit, durch seinen Anwalt zu protestieren und die Stadt Berlin vergütete die an die Krankenhäuser übergebenen Vorräte der Krone. Neben Unmengen von Tees fand man noch 475 Flaschen Cognac, 2000 Kilogramm Salz, [illegible] Senf, gewaltige Vorräte von Roggen-, Kartoffel- und Erbsenmehl, Erbsen, Bohnen, Graupen, Grieß usw. Kurz: Wilhelm schwelgte und prahlte, während die Masse keinetwegen am Hungertuch nagte und sich Millionen für ihn töten lassen mußten.

*

Einige Monate nach seiner Desertion nach Holland, ließ sich Wilhelm von uns eine Million nach der anderen schicken. Während in Deutschland der Kauf von Devisen verboten war, konnte Wilhelm die Tribute sofort in gute, feste Valuta umtauschen; auf diese Weise schaffte er sich innerhalb kurzer Zeit ein hübsches Vermögen und kaufte sich zu günstigen Bedingungen ein Schloß für weit über zwei Millionen Goldmark.

In Deutschland herrschte furchtbare Wohnungsnot; nur die Schieber und Kriegsgewinnler konnten sich schloßartige Wohnungen schaffen. So auch Wilhelm. Sein neuer Grundbesitz umfaßte rund 280 Morgen, darauf lagen ein Schloß und verschiedene Nebengebäude. Wilhelm, ein guter Geschäftsmann, wie er immer gewesen ist, machte im Kaufvertrag aus, daß nicht er, sondern der Verkäufer auf seine Kosten die Gebäude reparieren und renovieren mußte. Im Schloß wurden Dienerschafts- und Garderobetreppen eingebaut. Vier Dienerschaftszimmer für Frauen, eine Weißzeugkammer, Zentralheizung für die Dienerschaft und allgemeine neue elektrische Anlagen wurden eingerichtet. Ferner wurde ein Kavalierhaus gebaut, großartige Badeanlagen eingerichtet, eine Pförtnerbehausung aufgeführt, Böden ausgebaut; die Meierei wurde völlig umgebaut, ein neues Wohnhaus für Gefolge und Besuche aufgeführt; zwei Stockwerke hoch mit 16 Zimmern. Endlich wurde noch ein Torgebäude mit 8 Zimmern gebaut. Nachdem man fertig war und sich eingerichtet hatte, rollten von Berlin 100 vollgepackte Möbelwagen an. Und nun wurden Briefe geschrieben; man lebe in größter Not, der Zustand sei himmelschreiend, man habe nicht Salz aufs Brot zu streuen. Die Bettelbriefe nach Berlin häuften sich, sie konnten Steine erweichen. Man schickte weitere zwei Millionen, die zum größten Teil in die Neubauten gesteckt wurden. — So hat sich Wilhelm mitten in einer Zeit fürchterlichsten Elends auf unsere Kosten Haus und Hof geschaffen.

Arbeiter! Mittelständler!

Was **liest** Ihr in den Tagen des Volksentscheids?

Nicht die angeblich politisch neutrale Presse.
Politisch neutral heißt immer reaktionär.

Nicht die sogenannte demokratische Presse, die einem erbärmlichen Kompromiß in der Frage der Fürstenenteignung zugestimmt hat.

Nicht die Organe der Schwerindustrie und Agrarier, der Fürsten-Anwälte von Hugenberg bis Richthofen und der von ihnen ausgehaltenen Schergen des offenen Faschismus von der völkischen Feme bis zum Stahlhelm.

Nicht die Zentrumspresse, die für den Fürstenraub eintritt und die der katholische Arbeiterführer Vitus Heller fortgesetzt entlarvt.

Nicht die sozialdemokratische Presse, die wohl schreit, aber nicht zum Kampf aufruft.

Sondern lesen sollt Ihr das Blatt der Arbeit und des Kampfes

die Arbeiter-Zeitung!

Wir zweifeln nicht!

Die „Deutsche Zeitung" hat vor einigen Tagen wieder einmal das alte bewährte Hohenzollerngebet: Ein Leutnant und zehn Mann! zum Besten gegeben. Wir begreifen, daß 12,5 Millionen Deutsche, die zwar nach dem Reichspräsidenten von Hindenburg moralisch verkommen, aber auf jeden Fall eine unangenehme große Masse sind, die „Deutsche Zeitung" und ihre Leute wieder das Beten lehren. Denn wenn die Not am größten, sind die Maschinengewehre am nächsten.

Zwölfeinhalb Millionen haben in dem Ruf nach dem Volksgericht über die großen und kleinen Fürsten, über die Buchhalter des Gottesgnadenkontos in Deutschland, über die Kaiserlichen und Königlichen Hoflieferanten, über die Höchsten und Allerhöchsten Geschlechter eingestimmt. Zwölfeinhalb Millionen sind unter der Führung der Kommunistischen Partei für die bedingungs- und entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser aufmarschiert.

Heute ließen für die Kommunistische Partei Hunderte, Tausende auf. Vor zehn Jahren, da stand einer, ganz allein, auf, getrennt von den Massen durch Kerker und Kerkermauern, umwacht von einer noch unerschütterlich erscheinenden Kriegsmacht, da stand Karl Liebknecht auf im Namen der werdenden Kommunistischen Partei gegen den Krieg, gegen die Regierungen, gegen den Belagerungszustand. Aus einsamer Gerichtsverhandlung rief er, rief die Kommunistische Partei die Massen zu einem Volksentscheid zusammen:

„Der Anklagevertreter hat das Volk gegen mich aufgerufen. Ei, tun Sie das nicht bloß in Worten, nicht bloß in zehnfach verriegelter Verhandlung, die sich vor dem Volke versteckt. Nehmen Sie doch dem Volk die Knebel und Handschellen des Belagerungszustandes ab! Rufen Sie das Volk zusammen, hier und wo Sie wollen, und die Soldaten im Felde, wo Sie wollen! Und lassen Sie uns vor die Versammelten treten, vor ihr Gericht — auf der einen Seite Sie alle, der ganze Gerichtshof, der Anklagevertreter und auch die Herren da drüben vom Generalstab, Kriegsministerium und Kriegspresseamt, und wen Sie sonst wollen. Auf der anderen Seite ich ganz allein, oder einer meiner Freunde. Wo die Masse des Volkes stehen wird, ob bei Ihnen oder bei mir — ich zweifle nicht!"

Und der Volksentscheid kam, der Tag, an dem der Vorhang des Trugs vor den Augen des Volkes fiel, der Tag, an dem auch der Leutnant mit den zehn Mann nichts mehr fruchtete, der Tag, der 26 Throne und Thrönchen umblies, der die Landesväter außer Landes jagte. Einer hatte den Volksentscheid gefordert, zwei Jahre später, am 9. November 1918 vollzogen ihn Millionen und Abermillionen.

Nach dem Volksentscheid vom November 1918 folgten acht Jahre des Kampfes, der Arbeit, der Niederlagen, Maschinengewehre. Tausende Revolutionäre sammelten sich gegen die Massen, die um ein besseres Dasein zu kämpfen bereit waren. Die Zuchthäuser und Gefängnisse begannen die Kämpfer zu fressen. Hinter den Maschinengewehren aber erhoben sich die Uniformen der Gottesgnadenmänner; in dem Rattern der Bürgerkriegstanks erklang das alte vertraute Tatü Tata, und die Richter sprachen ihr Recht und schickten die Arbeiter in die Gefängnisse im Namen derer, die von Gottes Gnaden König und Peiniger des Volkes gewesen.

Nach 8 Jahren endlich soll der Volksentscheid vom November 1918 zuende vollstreckt werden. Und wieder fordert die Kommunistische Partei: Rufen Sie doch das Volk zusammen und lassen Sie uns vor die Versammelten treten — auf der einen Seite die Herren von und zu Hohenzollern, die Fürsten und ihre Anwälte, die Bankherren und die Unternehmer, die sie mit ihren goldenen und stählernen Kugeln zu schützen suchen, die Klassenrichter, die ihnen immer und überall Recht geben, wo es gegen das Volk ging, die Herren von der Reichsregierung und den Herrn Reichspräsidenten, die zu dieser Gesellschaft gehören und die das Fürsteneigentum zur Grundlage von Moral und Recht erklären, und wen Sie sonst noch wollen. Auf der anderen Seite die Kommunistische Partei und ihre Anhänger. Wo die Masse des Volkes stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs endgültig von ihren Augen gerissen wird, ob bei ihnen, den Fürsten und ihren Verteidigern, oder bei uns — wir zweifeln nicht.

Wir zweifeln nicht, daß der Tag kommen wird, an dem neben dem Fürsteneigentum auch das Privateigentum der großen Parasiten fallen wird, der Tag, an dem den Fürsten von Thron und Altar, den Herren von Bank und Börse, den Magnaten der großen Industrie kein Leutnant und keine zehn Mann, keine tausend Leutnants und keine Hunderttausend Mann [illegible]

Proletarisches Feuilleton

Eine spiritistische Sitzung
im Hause Doorn

(Von unserem nach Doorn entsandten Spezialberichterstatter.)

Endlich ist es unserem Berichterstatter gelungen, Eingang in die „heiligen" Gemächer zu erlangen. Auf welche Art, bleibt sein Geheimnis. Er kam gerade zur rechten Zeit. Der hoffnungsvolle Sprößling von Oels war eingetroffen und am Abend fand eine spiritistische Sitzung statt. Hören wir also, was unser Berichterstatter schreibt:

Wilhelm II. und der Kronprinz.

Wilhelm: Kommst du direkt von Deutschland, mein Sohn?

Kronprinz: Nein, Papa, via Schweiz.

W.: Wie geht es deiner Cecilie?

Kr.: Danke, ach, ja —

W.: Sag mal, stimmt das, daß du mit einer Lokomotivführertochter?

Kr.: — das dürfte dich kaum interessieren, Papa.

W.: Das, das verbiete ich mir. Du blamierst unser ganzes Haus.

Kr.: Das sind meine Privatangelegenheiten, Papa.

W.: Diesen Ton verbitte ich mir, ich sollte dich dafür — übrigens, ist sie hübsch?

Kr.: Sehr hübsch.

W.: Soo! Sei aber in Zukunft in solchen Dingen etwas vorsichtiger, verstehst du? Nimm Rücksicht auf unser edles Haus.

Kr.: Ebenso wie du, Papa.

W.: Man sollte doch — aber ich will mich nicht ereifern. Wir haben wichtigere Sachen zu besprechen. Wie steht es in Deutschland in punkto Fürstenberaubung?

Kr.: Alles in bester Butter, Papa. Unser Apparat funktioniert ausgezeichnet.

W.: Freut mich zu hören. Freund Claß hat mir und der Kaiserin geschrieben. Demnach haben sich die vaterländischen Verbände zu einer Gegenaktion zusammengeschlossen.

Kr.: Stimmt, Papa. Aber nicht nur das. Die verschiedenen nationalen Organisationen der Tat, wie Stahlhelm, Jungdo, Bismarckbund, Wikinger usw., sind militärisch gerüstet und zu jeder Eventualität bereit. Geld fließt aus den Banken der Unternehmer in Hülle und Fülle, so daß mit unserem Gelde zusammen ein fabelhafter Kampffonds zur Verfügung steht.

W.: Freut mich, zu hören. Ich habe für heute abend einen Herrn Dr. v. Amstell bestellt, der unseren Pressefeldzug gegen die Fürstenberaubung übernehmen soll. Er ist kein angenehmer Mitbürger. An der Stirn steht ihm groß geschrieben: Non olet.

Kr.: Was heißt das, Papa?

W.: Geld stinkt nicht. Das müßtest du als Kronprinz übrigens wissen.

Kr.: Weiß ich auch, Papa. Mein Geld hat noch nie gestunken.

W.: Schafskopf.

Kr.: Wieso?

W.: Also weiter. In ein paar Minuten wird ein gewisser Professor Idiotismus, übrigens komischer Name, was? Also dieser Professor wird in einigen Minuten zu einer spiritistischen Sitzung erscheinen. Ich will versuchen, ob ich auf diesem Wege Seine Majestät, unseren alten Fritz, zu fassen kriege und vielleicht kann er uns einen Typ geben, wie wir die Schande der Fürstenberaubung abwehren.

Kr.: Ausgezeichnet, Papa. Fabelhaft. Du bist genial, wie immer!

W.: Jawohl, bin ich auch.

Professor erscheint.

W.: Ah, mein lieber Professor, da sind Sie ja.

Pr.: Jawohl, Majestät, da bin ich.

W.: (Stellt vor): Mein Sohn, der Kronprinz — Professor Idiotismus.

Pr.: Sind Königliche Hoheit Gläubiger des Spiritismus?

Kr.: Aber immer mein Lieber.

Pr.: Dann können wir sofort zur Sitzung schreiten. (Er macht das Licht aus, alle drei setzen sich an einen kleinen Tisch.) So, nun spreizen Sie bitte alle Finger, so daß wir unsere Finger gegenseitig berühren, und der Kreis nicht unterbrochen wird. Konzentrieren Eure Majestät und Eure Königliche Hoheit Ihre Gedanken bitte nur auf das Erscheinen Seiner Majestät, des Königs Friedrich II. (Sie sitzen eine ziemliche Zeit vollkommen regungslos. Kronprinz niest plötzlich ganz laut dem Professor ins Gesicht, der sich sofort mit der Hand das Gesicht abwischt.

Pr.: (Aergerlich) Königliche Hoheit haben die Sitzung gestört.

Kr.: Der alte Herr läßt aber auch lange auf sich warten.

Pr.: Er war schon unterwegs. Haben Sie nicht bemerkt, wie der Tisch sich bewegte?

Beide: Ja.

Pr.: Sehen Sie, er war schon unterwegs. Aber irgend etwas störte ihn.

Kr.: Vielleicht hat er sich in einer Radiowelle verfangen.

W.: Bleibe ernst, mein Sohn.

Pr.: Wahrscheinlich hat der Böse gegen ihn angearbeitet, um ihn am Erscheinen zu verhindern.

Kr.: Vielleicht ein Bolschewik.

Pr.: Das wäre möglich. Also beginnen wir von neuem. (Dasselbe Spiel wie vorhin, plötzlich erscheint der Geist des alten Fritz.)

Fritz: Wer ruft mich?

W.: Ich, Wilhelm II., Imperator Rex.

Fritz: Daß du verreckst, du alter Trottel.

W.: Aber Majestät.

Fritz: Halt's Maul, du Feigling.

W.: Majestät, ich, Feigling?

Fritz: Jawohl, Feigling. Ist er nicht seinerzeit bei der großen Sauerei 1918 mit der blauen Brille nach Schweden entflohen?

W.: Nein, nein, Majestät, das war mein Freund Ludendorff, diese feige Memme.

Fritz: Wirklich? Sollte ich mich so versehen haben? Allerdings bin ich in letzter Zeit etwas kurzsichtig geworden. Aber ein Feigling ist er doch. Warum ist er nicht in Deutschland bei seinen Getreuen?

W.: Meine Getreuen wollen mich gar nicht mehr haben, Majestät.

Fritz: Schlimm genug für dich. Du scheinst wirklich die Perle unseres aborrechen Hauses zu sein.

W.: Majestät, ich hätte gern einen guten Rat wegen des Volksentscheids.

Fritz: Nicht genug, daß ich als Trendeutscher dir hier im Ausland erscheinen muß, unterfängt sich dieser deutsche Pöbel auch noch, in seiner Begehrlichkeit seine Hände nach unserem Vermögen auszustrecken. Das ist ein Skandal, der bis herauf in unseren königlichen Himmel stinkt. Wir alle sind aufs höchste empört über die 12,5 Millionen Langfinger in Deutschland. Nur Bismarck lacht vergnügt vor sich hin. Dieser Bursche hat es ja den Burschen erst vorgemacht, wie man Fürsten enteignet. Ich habe deswegen jede Verbindung mit ihm abgebrochen und spiele auch bis auf weiteres keinen Skat mehr mit ihm.

W.: Bravo, Majestät.

Fritz: Halt's Maul, du Trottel. Wenn euch von dem Vermögen euch nur ein Pfennig verloren geht, das wir, eure Vor-Ober-Ueber-Unterahnen ehrlich erworben haben durch Raubüberfälle, durch Verkauf unserer langen Kerls an fremde Fürsten, durch Beschlagnahme und allgemeine Enteignungen, dann soll euch der — Bolschewismus holen.

W.: Majestät, ich tat, was ich konnte.

Fritz: Um nichts zu tun. Jawohl, das sehe ich. Um das Ansehen unseres edlen Hauses zu wahren, muß ich, der ich ein tatenreiches Leben hinter mir habe, und der ich schon viele Jahre in der ewigen Seligkeit versammelt bin, muß ich noch heute in Deutschland in allen möglichen und unmöglichen Kintöppen auftreten und mußte sogar im Zirkus Busch mimen. Das ist hart für mich alten Mann, aber ich tat es, um die Ehre unseres erlauchten Hauses zu retten. (Zum Kronprinzen): Mit Lokomotivführer-Töchter-Techtel-Mechtel kann man das allerdings nicht, Verehrtester.

Kr.: Und die Mühle von Sanssouci?

Fritz: Halt er den Mund, er Grünschnabel. Also zum Schluß: Wie der Volksentscheid auch ausfällt, ist gleich, ihr werdet doch alles bekommen. Ich habe eine Radiomeldung erhalten, daß sich in Deutschland keine Regierung finden wird, die die Fürstenenteignung durchführt. Darüber hinaus habt ihr zu sorgen, daß die Monarchie in Deutschland — Himmel, Donnerwetter — wieder aufgerichtet wird. Mit den Geldern, die ihr von Deutschland bekommt, könnt ihr das ausgezeichnet ausführen, verstanden? (Zu Wilhelm): Ich habe von dir in deinem ganzen Leben einen einzigen vernünftigen Ausspruch gehört; das war 1914, als du die Parole ausgabst: Jetzt wollen wir sie dreschen. Diese Parole muß von jetzt an angewendet werden auf den begehrlichen deutschen Pöbel, wenn er die Fürsten beraubt, einerlei, wieviele es sind. Verstanden?!

W.: Jawohl, Majestät, jetzt wollen wir sie dreschen.

Kr.: Immer feste druff!

Fritz: Au revoir. (Verschwindet.)

Wilhelm, Kronprinz und Professor: Treudeutsch, Majestät!

Wir sind gegen den Volksentscheid!

Hinter geweihten Mauern

Aus den Papieren eines Klostergeistlichen.

Von Pater Ver[illegible]us.

25)

„Die Rache ist mein!' spricht der Herr," sagte ich sanft, aber er wehrte mit einer heftigen Bewegung ab.

„Die Rache mag Gottes sein, aber mein ist die Gerechtigkeit, sagen Sie ihm das, wenn ... Sie ihn vielleicht zufällig kennen sollten ...?"

Erschüttert verließ ich das Zimmer. Soll ich Cleophas warnen? Nein — es hieße der Gerechtigkeit in den Arm fallen. Mag er tragen, was er sich selbst bereitete. Die arme, blasse Tote liegt beständig vor mir ...

Arme Magdalene! Wohin hat dich dein Glaube geführt!

*

Nachmittag war ich bei Martha. Ich habe mich nicht getäuscht, als ich aus ihren Briefen etwas Gezwungenes herausfand. Sie ist verändert! Ihre Blicke flattern scheu herum und weichen mir aus. Etwas Unruhiges liegt in ihrem Wesen. Als Frau Widmann einen Moment hinausging, faßte ich ihre Hand und sah ihr angstvoll in die Augen.

„Martha — was quält dich? Reut dich deine Liebe?"

„Nein," antwortete sie rasch, „o nein ..."

„Was ist es dann?"

„Nichts."

Und wie ich auch bat und fragte — sie lächelte schwach und sagte immer „Nichts!" ...

Und doch ist ein Schatten in ihre Seele gefallen!!! Ich fühle es.

Als ich ihr von meiner Klosterhaft erzählte, streichelte sie sanft meine Hand und murmelte, während Tränen in ihren Augen standen: „Armer Liberatus, und alles um meinetwillen ..."

Ich schüttelte den Kopf. „Sprich nicht so! Oder du weißt nicht, wie ich dich liebe! Alle Leiden der Welt nähme ich auf mich für dich."

Sie hob rasch den Kopf und sah mich mit einem seltsamen Blick an, dann sank sie wieder in sich zusammen und seufzte.

„Nein, Liberatus, du sollst keine Opfer bringen, du sollst nicht leiden ... du nicht ... Du gehörst Gott an ..."

„Und dir! Vergiß das nie!" flüsterte ich ihr hastig zu, denn Frau Widmann trat eben ins Zimmer.

Der Abschied wurde mir schwer, und den ganzen Heimweg lag es wie ein Alp auf mir. Was bedeutet die seltsame Veränderung in Marthas Benehmen?

Morgen will ich mit Benediktus darüber sprechen, vielleicht findet er eine Erklärung dafür.

*

Der Prior ist noch immer nicht zurück. So lange war er noch nie abwesend. Heute sind es sechs Tage, daß er abreiste. Und bei Tisch gab es heute eine große Sensation.

Man trug eben den Braten auf, als ein Laienbruder Pater Cleophas hinausrief. Gleich darauf hörten wir erregte Stimmen auf dem Korridor. Anfangs konnte man nichts verstehen, als aber die Mönche neugierig geworden, jedes Geräusch vermieden und gespannt hinaushorchten, wurden einzelne Worte vernehmbar. Und plötzlich hörten wir laut und deutlich: „Und wenn Sie zehnmal das geistliche Gewand tragen — Sie sind dennoch ein Schurke und ich werde Sie vor Gericht bringen, so wahr ich hier stehe!" Eine Ahnung sagte mir, wer diese Worte rief — — Unwillkürlich bemächtigte sich meiner eine gewisse Aufregung.

Der Abt warf mir einen Blick zu und sagte: „Wollen Sie nicht nachsehen, was es draußen gibt, Pater Liberatus?"

Ich erhob mich und ging hinaus. Cleophas stand totenbleich an die große, geschnitzte Stehuhr gelehnt, welche sich der Tür des Refektoriums gegenüber befindet. Vor ihm, ebenso bleich, mit wild funkelnden Augen stand Magdalenens Vormund!

Rasch trat ich auf ihn zu. Er schrie wild auf Cleophas ein.

„Herr — vergessen Sie nicht, daß es ein Priester ist, mit dem Sie sprechen!" Da wandte er sich gegen mich.

„Aha," lachte er höhnisch auf, „ihr wollt euch hinter eure Weihe verkriechen, aber das soll euch nichts helfen. Ich habe Beweise ... Ich habe Zeugen."

„Der Boden des Klosters ist nicht der geeignete Ort für derartige Anschuldigungen."

„O, der Boden des Klosters war zu ganz anderen Dingen der geeignete Ort ... übrigens habe ich nichts mit dem Kloster zu schaffen, nur dieser da — dieser will ..."

Er drang wieder auf Cleophas ein, der sich zitternd an den Uhrkasten drückte, und erhob, außer sich, die Hand — — —

Ich sprang dazwischen und drängte ihn zurück.

„Wenn Sie eine Klage haben, wenden Sie sich an den Abt!" rief ich streng. Wieder lachte er höhnisch auf.

„Ich werde mich hüten! Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus. Aber Sie haben recht — wozu meine Hand beflecken an diesem Ungeheuer? Es gibt Gesetze — ich werde sie anrufen!"

Damit wandte er sich von Cleophas ab und eilte die Treppe hinab. Einen Augenblick standen wir stumm und sahen einander an, dann richtete sich Cleophas verlegen auf, reichte mir die Hand und sagte: „Ich danke Ihnen!"

Ich tat als sähe ich seine Hand nicht und schritt ihm voraus zurück ins Refektorium. Ehe ich noch den fragenden Blick des Abtes mit einer Erklärung beantworten konnte, trat Cleophas mit einem gleißnerischen Lächeln vor diesen.

„Ein armer Kranker, Herr Abt, der nicht wußte, was er sprach. Es gelang mir mit der Hilfe Gottes, ihn zu beruhigen ... er ging getröstet von dannen ...!"

Seine Stimme klang ruhig und schien durchtränkt von wahrer Nächstenliebe, ein salbungsvoller Augenaufschlag beschloß seine Rede. Sprachlos starrte ich ihn an. Er erwiderte meinen Blick mit einem liebenswürdigen Lächeln ...

Das Mahl wurde schweigsam vollendet, während der Novize im Vortrag der Legende vom hl. Sebastianus fortfuhr.

*

Abends, nach dem Kompletorium, kam Benediktus zu mir. Ich erzählte ihm von Marthas verändertem Benehmen und fragte ihn, was er darüber denke.

Er ging schweigend mit auf den Rücken gelegten Armen im Zimmer herum. Sein Gesicht war ernst, beinahe finster. Antwort gab er keine.

„Willst du mir nicht deine Meinung sagen, Benediktus?" fragte ich endlich zum zweiten Male. „Du kennst sie ja auch — wie erklärst du dir ihr Benehmen?"

Da blieb er vor mir stehen und sagte, während er mich durchdringend ansah: „Wie denkst du dir eigentlich die Zukunft, Liberatus?"

„Die Zukunft — —?" antwortete ich verwirrt. „Was meinst du damit?"

„Ich meine, als was betrachtest du jenes Mädchen?"

„Als mein Weib vor Gott."

„Schön und weiter?"

„Weiter?"

„Nun, du glaubst doch nicht, daß du auf der einen Seite bei ihr den Gatten spielen und hier im Kloster Mönch sein kannst? Das sind unvereinbare Dinge!"

„Benediktus!!!"

„Hast du das wirklich gedacht?" fragte er sanft.

„Ich ... darüber habe ich nicht nachgedacht ... eines oder das andere zu lassen, scheint mir gleich unmöglich."

„Du wirst es dennoch müssen!"

Ich krampfte verzweifelt die Hände ineinander und starrte zu Boden. Seine Worte zerrissen jäh den Schleier, den ich in feiger Schwäche nicht gewagt hatte, von meinen Gedanken zu heben. Entweder ihr eben oder dem Kloster eidbrüchig werden, da oder dort: ein drittes gibt es nicht. Erst jetzt bin ich mir der ganzen Tragik unseres Geschickes bewußt geworden.

Nach einer langen Pause hob ich den Kopf und fragte angstvoll: „Und Martha — —? Glaubst du, daß es dies ist, was sie veränderte?"

Er zuckte die Achseln.

Frauen sind rascher im Begreifen der Situation. Möglich, daß sie unter der Erkenntnis eurer Lage leidet!"

Als er mich verließ, sah er mich noch einmal seltsam durchdringend an. Etwas Erwartungsvolles lag in dem Blick.

Was will er? Was erwartet er von mir?

Ich fiel vor dem Kruzifix in die Knie und umklammerte es verzweifelt.

Sage mir, was ich tun soll, o mein Gott! Zeige mir einen Ausweg! — — —

*

Der Prior ist wieder zurück. Er sieht noch strenger und finsterer aus als sonst; mich betrachtet er mit besonders mißgünstigen Blicken. Ich glaube, er kann mir die Szene in der Sakristei vor seiner Abreise nicht vergessen. Ich habe auch das Gefühl, daß ich auf Schritt und Tritt beobachtet wurde.

Martha ist immer gleich traurig. Wenn ich bei ihr bin, nimmt sie sich zwar zusammen und versucht zu lächeln, aber ich fand sie bei meinem Kommen mehrmals in Tränen. Auf jede Frage antwortet sie: „Nichts, Liebster, nichts ..."

Ostern steht vor der Tür, so kann ich nur selten zu ihr, da ich die meiste Zeit im Beichtstuhl verbringe.

(Fortsetzung folgt.)

An die Breslauer werktätige Bevölkerung

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelständler, Erwerbslose, Hausfrauen!

Am Sonntag, den 20. Juni, soll das deutsche werktätige Volk entscheiden, ob die ehemaligen regierenden Könige und Fürsten zu all ihrem, dem deutschen Volk gestohlenem Gut, noch weitere 2,6 Milliarden Abfindung, Aufwertung „ihrer" Vermögen, wertvolle Schlösser, Ländereien usw. erhalten sollen und damit noch größere Belastungen an Steuern usw. auf sich nehmen wollen.

Diesen unverschämten Raubzug der Könige und Fürsten muß das deutsche werktätige Volk am kommenden Sonntag abwehren, wenn es nicht in völlige Versklavung versinken will.

Eine Massenmobilisierung aller Werktätigen muß erzielt werden, um der kostspieligen Propaganda der Fürsten zu begegnen.

Die Kommunistische Partei, ruft deshalb alle Werktätigen, insbesondere alle Mitglieder der proletarischen Organisationen, wie der SPD., Gewerkschaften, Sportvereine, Mieter, Kriegsbeschädigten, Reichsbanner, RFB. usw. auf, zu einer

machtvollen Kundgebung

am Freitag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr

Sammelplatz am alten Friedhof, Feldstraße

Werktätiges Volk von Breslau, alle, die ihr Not leidet, Betriebsbelegschaften, beteiligt euch restlos und geschlossen an der Kundgebung.

Für die Enteignung der Fürsten!

Gegen die Bedrückung mit neuen Steuern!

Gegen die weitere Verschlechterung eurer Lebenslage!

Gegen die Staatsstreichdrohungen und Pläne, der legalen und Geheimorganisationen!

Für ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen.

Für die Aufwertung der kleinen Sparer!

Gegen die Fürsten und ihre Sachwalter!

Gegen alle, die das von den Fürsten und Königen geraubte Gut verteidigen **wollen.**

Nieder mit den Fürsten! Das Volk will leben!

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien

Ortsgruppe Breslau

Breslau

Keinen Pfennig den Fürsten — — Alles fürs Volk!

Darüber spricht im Auftrage des Kuczynski-Ausschusses am Donnerstag, den 17. Juni, abends 7,30 Uhr im großen Saal der Börse, Graupenstr., der Landtagsabgeordnete Fr. Jendrosch.

Zum Volksentscheid über Enteignung der Fürstenvermögen

veröffentlicht der Magistrat eine Bekanntmachung, die vom 17. Juni dieses Jahres öffentlich angeschlagen werden wird. Sie enthält die Bezeichnung der einzelnen Stimmbezirke, Angaben über die Lage der Abstimmungsräume, über die Form der Stimmzettel und über die Voraussetzungen, die bei der Ausgabe von Stimmscheinen zu beachten sind. Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt. Nach 5 Uhr nachmittags dürfen nur noch die Stimmberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkte schon im Abstimmungsraume anwesend waren. Um großen Andrang und längeres Warten zu vermeiden, empfiehlt es sich, die Vormittagsstunden oder die Mittagszeit zur Abstimmung zu benutzen. Die Ausstellung der Stimmscheine wird am 18. Juni, nachmittags 2 Uhr, geschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkte sind sie auf Antrag im städtischen Wahl- und Meldeamte, Rathausblock, Zimmer 59, erhältlich.

Die „Volkswacht"-Redakteure gegen sozialdemokratische Arbeiter

Am Dienstag, den 8. Juni, fand eine Belegschaftsversammlung des Gaswerks Dürrgoy statt. Die anwesenden sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter beschlossen mit allen gegen zwei Stimmen, ein Einheitskomitee zur Durchführung des Volksentscheids zu bilden.

Jeder ehrliche Arbeiter freut sich, wenn er hört, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit sich zusammenfinden, um gemeinsam den Kampf gegen die Fürsten, gegen die monarchistische Reaktion und für höhere Löhne zu führen. Anders die Redakteure der „Volkswacht". In ihrem Artikel „Große Erfolge der Kommunisten im Gaswerk Dürrgoy" in der Sonnabendnummer erdreisten sich die „Volkswacht"-Redakteure sogar im Namen der Arbeiterschaft des Gaswerks Dürrgoy zu sprechen. Nach ihrer Auffassung sind diese Arbeiter der Ansicht, daß „die Einheit nur dadurch hergestellt werden kann, wenn man sich auf ein großes realpolitisches Ziel einigt". Worin dieses große realpolitische Ziel besteht, sagen die „Volkswacht"-Redakteure nicht. Dafür aber hetzen sie gegen die kommunistischen Arbeiter, indem sie schreiben:

„Die KPD. mit ihren Rattenfängermelodien wird nie in der Lage sein, die Arbeiterschaft für ihre Taktik zu begeistern. Taktisch richtig arbeitet nur die SPD., das haben die Mecklenburger Wahlen bewiesen, wo die KPD. erneut eine Schlappe bekommen hat und die SPD. ungeahnte Erfolge erzielte. Das Einheitskomitee soll nur dazu dienen, die Arbeiterschaft zu verwirren und auf Einheitslisten Gelder zur Auffrischung der leeren Kasse der KPD. zu sammeln.

Darum, Arbeiter, Augen auf, zeichnet nur auf denjenigen Listen, die von der SPD. herausgegeben werden, und bildet die Einheit in der SPD., wo sie vorhanden ist."

Die denkenden Arbeiter kennen das große realpolitische Ziel der „Volkswacht"-Redakteure. Das ist: **Unterstützung der Hindenburg und Marx, mit der versteckten Absicht, dafür in die Große Koalition aufgenommen zu werden.** Statt für das Zusammengehen der Arbeiter zu wirken, sabotieren sie alle Einheitsbestrebungen. Bezeichnend für ihren Weitblick ist, daß sie ihre Polemik gegen unsere Veröffentlichung mit der Aufforderung schließen, nur auf die sozialdemokratischen Listen zu zeichnen. Den „Volkswacht"-Redakteuren geht es anscheinend nur um das Geld. Den Kommunisten aber geht es um mehr: Sie arbeiten unermüdlich an der **Herstellung der roten Einheitskampffront.**

Die Arbeiter des Gaswerks Dürrgoy werden sich durch die Spaltungsarbeit der „Volkswacht"-Redakteure an der Bildung des beschlossenen Einheitskomitees nicht hindern lassen. —us.

Die „Schlesische Tagespost" faselt vom „russischen Rubel"

Die „Schlesische Tagespost" läßt sich drahten:

„Die kommunistische Agitation für die Fürstenenteignung wird mit ungeheuren Geldmitteln geführt, deren Herkunft unbekannt ist. Drei Berliner Druckereien haben bis jetzt 20 Millionen Aufrufe für die Propaganda gedruckt. Da keinerlei Sammlungen für die Agitation in der Kommunistischen Partei stattgefunden haben, scheint die Annahme des „Deutschen Tageblattes" glaubhaft, daß auch diese Gelder aus Moskau gekommen sind."

*

Jedes Wort in dieser Meldung ist erlogen. Da die „Tagespost" selbst ohne Zuschüsse von großkapitalistischer Seite nicht leben kann, glaubt sie dasselbe auch von der kommunistischen Partei annehmen zu müssen. Das Gefasel von dem „russischen Rubel" ist eine Beleidigung und Provokation der Werktätigen, die ihre sauer verdienten Groschen auf die Sammellisten der KPD. zur Finanzierung des Volksentscheids gezeichnet haben. Die Antwort darauf werden die Werktätigen geben, indem sie am 20. Juni das Kreuz ins „Ja"-Feld stellen.

Hochwasser in Schlesien

Der ununterbrochene Regen der letzten Tage hat zu einem starken Steigen der Oder sowie sämtlicher Nebenflüsse geführt. Besonders die stellenweise wolkenbruchartigen Güsse des gestrigen Tages ließen selbst den Fluß im Weichbild der Stadt Breslau stark anschwellen, so daß auch hier die Ueberschwemmungsgefahr bei anhaltendem Regen sehr stark war. Die erste Folge ist die Schließung sämtlicher städtischen Flußbäder in Oder und Ohle. Weiterhin wird gemeldet, daß in Zimpel schon Anweisung zur Räumung der Kellerwohnungen gegeben wurde.

Noch schlimmer als in Breslau, wo noch ein Flutkanal zur Aufnahme der Wassermassen vorhanden ist, sieht es in der Provinz aus. Fast alle Bäche und Flüsse sind über die Ufer getreten, hatte sich doch noch nicht das Hochwasser der vergangenen Woche verlaufen. Schwerer Schaden ist auf den Feldern angerichtet worden. Wo das heranreifende Getreide nicht durch Ueberschwemmung vernichtet wurde, ist es durch Wolkenbrüche und Hagel zu Boden gedrückt, so daß die Ernteaussichten nicht gerade besonders günstig sind. Besonders schlimm sieht es in der Reichenbacher Gegend aus, wo Dörfer, Straßen und Felder bis zur Höhe von dreiviertel Meter unter Wasser stehen. Um Ratibor ist durch Regen und Hagel die gesamte Ernte vernichtet. Auch von Nimptsch werden Ueberschwemmungen gemeldet. Schwerer Schaden wurde besonders den in diesen Gegenden überwiegenden kleinen Bauern zugefügt.

Nur 1500 „Spuren"

Obwohl durch die verschiedensten behördlichen Stellen die Möglichkeit eines Ritualmordes ausdrücklich abgelehnt wurde und trotzdem weiterhin feststeht, daß der, von der völkischen „Volksstimme" als Täter verdächtigte Haase schon am Tag der Ermordung der beiden Kinder als Leiche im Wasser lag, bringt es die „Schlesische Tagespost" fertig, noch in ihrer Mittwoch-Ausgabe (!) in vollen 90 Zeilen den Mord so darzustellen, als gäbe es nur eine Spur — die des Juden Haase! Angesichts einer derartigen Schmutzigkeit ist jedes Wort der Kritik überflüssig.

Eigenartig berührt einen neuerdings die Mitteilung der Kriminalpolizei, daß die Haare des ermordeten Mädchen nicht hellblond, wie zuerst gemeldet, sondern dunkel waren. Wir meinen, daß man elf Tage nach dem Mord wirklich wissen muß, wie die ermordeten Kinder ausgesehen haben, besonders da Bilder sowie die Aussagen der Mutter, Großeltern, Mitschüler usw. zur Verfügung standen. Die zweite Nachricht ist auch sehr interessant. Der an die Bevölkerung erlassene Aufruf zur Mitarbeit hat wenigstens den Erfolg gehabt, daß über 1500 Spuren der Polizei mitgeteilt wurden. Sicher für ängstliche Gemüter gerade nicht beruhigend, an die Möglichkeit, selbst eine Spur, einen „Mörder" darzustellen, denken zu müssen.

Trotzalledem — man muß unsere Polizei schon ihres Optimismus wegen lieben. Elf Tage nach dem Mord zwar noch keinen wirklichen Anhaltspunkt, dafür aber unbeschränkten Optimismus. Und diese Hoffnungsfreude wollen wir nicht durch unsere Bemerkung, daß wir nicht mehr so recht an eine Aufklärung glauben, zerstören.

Einen Lebensmüden vom Tode gerettet hat am Montag nachmittag 3 Uhr an der Lessingbrücke der Student Maruschyk. Ein bereits älterer unbekannter Mann sprang in die Oder, um seinem Leben ein Ende zu bereiten. Der Student sprang ihm sofort nach, faßte ihn beim Auftauchen und brachte ihn ans Ufer. Die Wiederbelebungsversuche an dem Lebensmüden waren von Erfolg.

Auswanderung aus Schlesien. Bis Ende April sind aus Schlesien 750 Personen über deutsche Häfen nach Uebersee ausgewandert. Die über fremde Häfen (Amsterdam, Rotterdam) Ausgewanderten sind dabei nicht mitgezählt, ebensowenig die über die trockenen Grenzen Gereisten. Da im Jahre 1925 die gesamtschlesische Ueberseeauswanderung sich auf 1518 belaufen hat, so ist also in diesem Jahre die Hälfte dieser Summe bereits in vier Monaten erreicht worden. — Die schlesischen Ausbeuter können ihre Sklaven nicht mehr ernähren. Richtiger ist es, nicht auszuwandern, sondern für Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu kämpfen.

Groß-Tschansch. Keinen Pfennig den Fürsten! Am 11. Juni fand in Groß-Tschansch eine öffentliche Volksversammlung statt unter Mitwirkung der Abteilung Ost des Breslauer RFB. Stadtverordneter Genosse Ammon rechnete mit den Fürstenknechten gehörig ab. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In der Diskussion sprach Genosse Linke (SPD.) im Sinne des Referenten für die Einheitsfront des Proletariats. Genossin Kuple (KPD.) verstand es sehr gut, zu den anwesenden Frauen zu sprechen. Auch ein Vertreter des RFB. sprach für die Rote Front und fand guten Anklang, was die Neuaufnahmen für den RFB. bewiesen. Die Versammlung war gut besucht und ein Erfolg für die Volksentscheidbewegung.

Brockau. Auf in die Versammlung! In Brockau findet am Mittwoch, den 16. Juni, eine Versammlung statt, in der ein kommunistischer Referent zu der Frage der Fürstenabfindung sprechen wird. Werktätige, besucht diese Versammlung!

Stabelwitz. Die Baustelle Spinnerei im Streik. Vor etwa drei Wochen traten die Handwerker und Arbeiter auf der Baustelle der Stabelwitzer Spinnerei wegen Lohndifferenzen in den Streik. Die Schlichtungsverhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß den Handwerkern die gestellten Forderungen bewilligt wurden, die Forderungen der Arbeiter wurden aber abgelehnt. Ausdrücklich wurde im Spruch des Schiedsrichters festgelegt, daß keine Maßregelung stattfinden dürfe. Die bauausführende Firma Hübner-Breslau entließ nichtsdestoweniger einen Handwerker und fünf Arbeiter. Demzufolge beschloß die Belegschaft (80 Mann stark), weiter im Streik auszuharren. Bei den Maßregelungen spielte der Direktor Schneider die Hauptrolle. **Die Landjäger der gesamten Umgebung sind mobilisiert und nach Stabelwitz** zusammengezogen. Die Streikleitung richtet an den Polizeipräsidenten von Breslau die Anfrage, ob die Landjäger nichts Wichtigeres zu tun haben, als die streikenden Arbeiter zu überwachen, und fordern die Behörden auf, die Landjäger über das Streikrecht der Arbeiter besser zu informieren. Die Firma versucht, den Bau mit unorganisierten Kollegen weiterzuführen. Demzufolge richtet die Streikleitung an alle organisierten Kollegen die **Aufforderung, keine Arbeit bei Hübner anzunehmen.** — In den Fällen Rosen, Kochmann und Fehse hat die Breslauer Polizei ihre vollkommene Unfähigkeit bewiesen. Anscheinend will sie jetzt durch Schikanierung von streikenden Arbeitern ihre Tüchtigkeit beweisen. — Kollegen, ob organisiert oder nicht, solidarisiert euch mit den Streikenden, leistet keine Streikarbeit, zwingt die Firma Hübner, die **Forderungen der Arbeiter zu bewilligen!**

Schles. Rundschau

Festenberg. Die eigene Wirtschaft in Brand gesteckt? In Muschlitz brannten die Scheune und zwei Schuppenanbauten des Stellenbesitzers Zech vollständig nieder. Der Besitzer wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

Münsterberg. Selbstmord. Zwischen Merzendorf und Kunzendorf wurde in einem Gebüsch die Leiche eines in den mittleren Jahren stehenden, unbekannten Mannes aufgefunden, der nach den ärztlichen Feststellungen Selbstmord verübt hat.

Hoyerswerda. Ein ganzes Dorf unter dem Hammer. In diesen Tagen geht das Dorf Nauno seiner Auflösung entgegen. Jetzt fand wieder eine öffentliche Versteigerung der bereits geräumten Häuser statt. Schon von 50 Mark an konnte man ein ganzes Haus erstehen. Es fanden sich trotz des niedrigen Preises fast keine Käufer. Manche Gebäude gingen so billig ab, daß kaum die Dachziegel dabei bezahlt werden. Den Käufern wurde von der Ilse-Bergbau-AG. zur Bedingung gemacht, daß der Abbruch der Häuser bis zum 15. Juli vollendet sein muß! — Wieder einmal sind durch einen Raubzug der Industrie kleine Bauern von Haus und Hof vertrieben worden. Für Bettelpfennige mußten sie die Stelle, wo sie ein Menschenalter gelebt hatten, verlassen. Ist das keine „Enteignung"?

Neisse. Eine Leiche angeschwemmt. Am Neißewehr bei Rothhaus wurde die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes aus dem Wasser gezogen. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, steht noch nicht fest.

Oppeln. Ein weiterer Unfall bei der Reichsbahn. Dem Rangierer Paul Hayduk aus Sczepanowitz wurde auf dem Rangierbahnhof ein Bein abgefahren. Er wurde in das hiesige Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf starb.

Milutschütz. Schwerer Straßenunfall. Abends stieß ein Radfahrer mit einem Bierwagen zusammen, da beide ohne Licht waren. Der Radfahrer erlitt durch die Deichsel des Wagens schwere Verletzungen am Kopf und Brust. Der Verletzte wurde nach Schakanau geschafft. Wie verlautet soll der Radfahrer ein Reichswehrsoldat gewesen sein.

Versammlungskalender

Die Aufgaben jedes Parteimitgliedes bis zum Sonnabend, den 19. Juni

Alle Mitglieder der Betriebszellen treffen sich täglich nach Arbeitsschluß in ihren Agitationslokalen. Dort erfolgt die Aufteilung der Arbeit auf die einzelnen Mitglieder. Alle mit uns im Betrieb sympathisierenden Arbeiter sind aufzufordern, an der Arbeit teilzunehmen.

Alle erwerbslosen Genossen und Hausfrauen stellen sich tagsüber zur Arbeit im Agitationslokal zur Verfügung, die anderen Genossen der Straßenzellen nach Arbeitsschluß.

*

Jede Ortsgruppe und Zellengruppe meldet der **Bezirksleitung** sofort ihr Agitationslokal mit Namen und Straßenbezeichnung **sowie** der Telephonnummer.

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— **Erwerbslose Parteigenossen(innen), Rote Frontkämpfer und Sympathisierende! Meldet Euch täglich nachm. 2 Uhr in Eurem zuständigen Bezirkslokal.**

— Jede Zellengruppe entsendet täglich nachm. **zwischen 2 und 5 Uhr** einen Genossen nach der Trebnitzer Straße **zur Abholung von** Material.

— **Zellengruppe West.** Donnerstag 7,30 Uhr **bei Graf, Westendstraße** 37 Versammlung.

— **Zellengruppe West. Das Agitationslokal befindet sich Matthiasstraße** bei Wind. Erwerbslose Genossen und **RFB.-Kameraden** melden sich ab 2 Uhr nachmittags.

— **Kommunistische Metallarbeiter.** Donnerstag 7,30 Uhr im **„Roten** Löwen", Kupferschmiedestr. Sitzung. Erwerbslose **Genossen erscheinen** restlos.

Liegnitz. Das Agitationslokal befindet sich **im Volkshaus.** Alle Genossen, RFB.-Kameraden und Jugend **melden sich dort** täglich in der Zeit von 9 Uhr früh bis **9 Uhr abends.**

Weißstein. Donnerstag 7 Uhr in der „Gemeindemühle" **öffentliche** Versammlung. Ref. P. Schulze-Berlin.

Schweidnitz. Das Agitationslokal **befindet sich in „Stadt** Reichenbach". Geöffnet von 9—1 **und 3—7 Uhr.**

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.

— **Jungspartakus Nord, West, Zentrum,** Mittwoch 5 Uhr **Posener** Schule Zusammenkunft.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Beteiligung an der Arbeit der Partei.**

— **West.** Donnerstag 7,30 Uhr **bei Graf,** Westendstraße 37, **Versammlung.**

Hausdorf. Sonnabend 7,30 Uhr, **„Weintraube", Mitgliederversammlung.**

Untergau Waldenburg. Teilbeträge auf Sammlung **und Festabzeichen** sofort an Pusch, **Altwasser, Poststr. 6, abrechnen!**

Sonstige Organisationen

— **Monistische Gemeinde.** Mittwoch, 8 Uhr, **Grünstr. 14/16, Vortrag:** „Gebt dem Kaiser . . !"

Freiburg. Kartell- und Gemeindevertreter-Konferenz. Mittwoch 7,30 Uhr „Zur Hoffnung".

Tatütata!!

Die Veranstaltungen finden statt abends 7,30 Uhr:

Mittwoch, 16. Juni, Hoffmann, Päpelwitzer Str. 15

Donnerstag, 17. Juni, Folgner, Olauer Straße 124

„Potemkin"

und „Keinen Pfennig den Fürsten"

Diese Filme laufen im Gewerkschaftshaus täglich 6,30 und 8,30 Uhr. Eintrittspreis 50 Pfg. Erwerbslose um 6,30 Uhr die Hälfte.

Waldenburg

Was fordern die Fürsten?

Die Bevölkerung in Stadt und Land Waldenburg zählt rund 180 000 Personen.

Die Fürsten fordern rund 3 Milliarden Mark an Geld und Sachwerten.

Wenn nur der Kreis Waldenburg die Fürstenabfindung aufzubringen hätte, müßte jeder, ob Kind, ob Greis rund

17 000 Mark zahlen

Bei der Annahme, daß von der Waldenburger Bevölkerung 60 000 Personen arbeitsfähig sind, müßten sie

30 Jahre arbeiten

um bei dem Verdienst eines Hauers die Fürstenabfindung aufzubringen.

Deshalb stimmen alle mit „Ja"

Die täglichen Opfer des Antreibesystems

Am Freitag, den 11. Juni, verunglückte auf dem Juliusschacht der Lehrhauer Bläser. Er war mit noch zwei Kameraden an einem Ort beschäftigt, als plötzlich Gesteins- und Kohlenmassen hereinbrachen und Bläser verschütteten. Nach halbstündiger Arbeit gelang es, den Kameraden noch lebend zu bergen. Bläser mußte dem Knappschaftslazarett überwiesen werden.

*

Auf dem Eugenschacht verunglückte am 10. Juni der Häuer Dinter durch Abstürzen von der Kohlenbank. Bei dem Sturz zog er sich eine Darm- und Harnröhrenquetschung zu und mußte sofort ins Lazarett überführt werden.

Gottesberg. Erwerbslosenversammlung. Diese fand am Sonnabend statt und war gut besucht. Kollege Sellig hielt ein Referat über „Die wirtschaftliche Lage und unsere Aufgaben". Kollege Jochmann zerpflückte noch ein Lügenflugblatt von rechtsstehenden Kreisen zu dem Volksentscheid und gab bekannt, daß nach Erkundigungen nächsten Sonnabend Lebensmittelbons ausgegeben werden. Des weiteren forderte er die Anwesenden auf, sich rege an der Aufklärungsarbeit zum Volksentscheid zu beteiligen. Nach Regelung verschiedener Anträge gaben einige erwerbslose Kollegen ein Gratis-Konzert, was den Beifall aller Anwesenden und der zukommenden Gäste fand. Die Versammlung fand hiermit ihren Abschluß.

— Aufs Land! Kommunisten und Rote Frontkämpfer im oberen Revier zogen am Sonntag hinaus aufs Land, um der Landbevölkerung von Konradswaldau, Trautliebersdorf, Rosenau und Raspenau die nötige Aufklärung für den Volksentscheid zu bringen. Volle 12 Stunden hatten sich die Genossen für diese Aufklärungsarbeit eingesetzt, viele waren ohne jegliche Mittel, die vielleicht für ein Glas Bier oder einen Tropfen Milch gelangt hätten und dennoch hielt ein jeder tapfer zur Sache. Vielen Dorfbewohnern waren die Frontkämpfer etwas neues und noch neugieriger lauschten sie unseren Trutz- und Kampfliedern beim Abmarsch aus den Ortschaften. Eine Menge Broschüren, Zeitungen und sonstiges Material blieb in den Ortschaften zurück. Möge die Arbeit und die Aussaat im Dorf ihre gesunden Früchte tragen!

Liebau. Am Amtsgericht lagen bei der letzten Strafsitzung zwei Sachen vor. Die eine lautete gegen einen jungen Mann wegen unbefugten Grenzübertritts und falscher Namenangabe, wobei er gegen die 20 Mark Strafe Einspruch erhoben hatte. Der Angeklagte zog seinen Einspruch zurück und bittet um Bezahlung der Strafe in Raten, weil er arbeitslos ist. In der zweiten Strafsache wurde gegen den Kaufmann Erich Bergmann verhandelt, wegen seines Einspruches über einen Strafbefehl von 2520 Reichsmark, die wegen unbefugter Ausfuhr von acht Halban-Motoren nach dem Auslande zu zahlen waren. Die tschechische Behörde hatte diese Motore beschlagnahmt und der deutschen Behörde die Nummern und Firma mitgeteilt. Bei der Nachsicht in den Geschäftsläden der Liebauer Händler wurde bei Bergmann der Verkauf dieser Motore festgestellt. Der Amtsanwalt beantragte eine Strafe von 2100 Mark. Der Verteidiger stellte fest, daß Bergmann nach Trautenau ein oder zwei Motore und nach Königshan an Maier ebenfalls zwei Motore verkauft habe, über dieses Vergehen sei aber jetzt Verjährung eingetreten. Bei den anderen Motoren fehlte die Beweisaufnahme, daß diese nach dem Auslande von Bergmann verkauft sind. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

— Beim Kirchenaustritt fehlt am Amtsgericht einem Genossen irgend ein Ausweispapier. Der Beamte macht natürlich Schwierigkeiten. Da sieht der Genosse im Hausflur seine frühere Arbeitgeberin, eine Gutsbesitzersfrau, und ersucht sie, daß sie ihn vor dem Gericht legitimiere. „Sehr gern, sehr gern!" Denn unser Genosse war früher immer ein guter, anspruchsloser christlicher Arbeiter gewesen. Der Beamte erklärt ihm, daß nun der Kirchenaustritt genehmigt sei. Da hört unsere liebe Frau erst, wobei sie gewirkt hat und sie ging weg und „meinte bitterlich". Unser Genosse hatte an diesem Tage eine besonders gute Laune.

— Das Schützenfest fand unter dem Zeichen schwarz-weiß-rot und einer großen Volksbelustigung statt. Wir sind neugierig, welchen feisten Bürger man zum König stempeln wird, denn hier kann man nur kapitalkräftige Kreise gebrauchen, auch wenn sie keine Schießscheibe sehen. Auch für die Spitzen der Liebauer Einwohnerschaft (wir meinen den mit dem Künstlerlorf. D. B.) war gesorgt, denn es standen ihnen drei Karussels zur Verfügung.

Charlottenbrunn. In der Gemeindevertretersitzung am 3. Juni standen 13. Punkte zur Beratung. Bei der Vorbesprechung des Haushaltsvoranschlages hebt der Vorsteher hervor, daß für dieses Jahr die Reichsanteile um 5000 M. weniger betragen, die Kreis- und Provinzabgaben um 100 Prozent gestiegen sind. Aus diesem Grunde müssen die Kommunalsteuern etwas erhöht werden. Die Pauschalsätze des Wassergeldes wurden anders geregelt, so daß neue Härten entstanden. Die Viehbesitzer, kleinen Gewerbetreibenden und hygienischen Einrichtungen müssen das Doppelte bezahlen. Unser Genosse schilderte die ungerechte Verteilung des Wassergeldes, geißelte stark die Veranlagung eines Spülklosetts mit 12 M. jährlich. Unter anderem stellte er fest, daß in einem Hause, wo nur Arbeiter wohnen, eine Wasseruhr eingebaut ist. Da wurden in zwölf Monaten 174,5 Kubikmeter Wasser verbraucht. An Wassergeld mußte dieses Haus 69 M. jährlich zahlen, macht je Kubikmeter 39,6 Pf. Die Gewerbesteuer wurde mit 200 Prozent und die Ertragssteuer mit 300 Prozent festgesetzt. Die Grundvermögensteuer wurde mit 100 Prozent veranschlagt. Auch hier zeigte unser Genosse, wie ungerecht die Steuer wirkt und wer sie zu tragen hat. Er schlägt vor, diese Steuern bei den alten Sätzen zu belassen und dafür die Hauszinssteuer einzuführen. Eine Revision des Voranschlages wurde zugesagt, wie wird die aussehen? Eine Luxussteuer können die Bürgerlichen nicht einführen, dazu hätten sie keine rechtliche Handhabe. Bei Titel Ausgabe konnte ein SPD.-Vertreter nicht umhin, sich lächerlich zu machen durch eine Kritik an dem „vielen Personal in der Verwaltung". Dabei ist nicht mehr vorhanden wie vor dem Kriege. Auch die Ausgaben von 2100 M. für eine Amtsfrau, ein Fräulein und einen Lehrling kam ihm zu hoch vor. Diese Leute müssen fast alle Tage bis 9 Uhr abends arbeiten. Hier wäre es an der Zeit, daß mal die Aufsichtsbehörde hineinleuchtet. 2. Schlußabrechnung des Kurhausumbaues. Veranschlagt war der Umbau mit 110 000 M., nun stellte er sich aber auf 214 000 M. Der größte Teil ist durch Anleihe gedeckt. Es soll in kürzester Zeit die Einweihungsfeier stattfinden. Dazu will man allerhand hohe Herrschaften und die Pressevertreter einladen, um Reklame zu machen. Genosse Mose protestierte dagegen. Die beste Reklame ist, daß man Leute, die von der Reichsversicherung hergeschickt werden, menschlich behandelt. Herr Dr. Wiedemann glaubte für die Logirhausbesitzer eine Lanze brechen zu müssen. Sa stimmte die Rechte dafür, die Linke dagegen. Aber keiner von der Bürgerlichen wollte in den Zeltausschuß. — Die Reichsbahn verlangt für Aenderung des Ortsnamen in Bad Charlottenbrunn 500 M. Dieses wurde abgelehnt. Brotverbilligung für kinderreiche Familien wurde bewilligt. Die anderen Punkte waren weniger von Bedeutung.

Schweidnitz. Volksentscheid und Sportwoche. Ueber dieses Thema spricht am Freitag, den 18. Juni, in der „Stadt Reichenbach" der Genosse Wollweber, Berlin. Alle Werktätigen und Arbeitersportler erscheinen geschlossen zu dieser Versammlung.

— Das Agitationslokal zur Durchführung des Volksentscheids befindet sich in der „Stadt Reichenbach" und ist in der Zeit von 9—1 Uhr vormittag und 3—7 Uhr nachmittag geöffnet. Parteigenossen, RFB.-Kameraden und Sympathisierende melden sich täglich um 9 Uhr früh und 3 Uhr nachmittags.

— Auch ohne Stimmkarte abstimmen! Wer seine Stimmkarte verloren hat, geht auch ohne diese zur Wahl und weist sich durch seine Erwerbslosenkarte, Invalidenkarte oder Steuerbuch aus.

Hausdorf. Rote Landpropaganda! Am 13. Juni unternahmen etliche Mitglieder des RFB. einen Propaganda-Ausflug nach der Talsperre Mühlbachtal sowie auch nach Michelsdorf, welcher von gutem Erfolg begleitet war. Das Interesse der Einwohner war so groß, daß sie selber an die Genossen herankamen und Flugblätter forderten. Ja, sogar ein kleiner Landwirt war ganz und gar unserer Meinung. Es wäre noch leichter zu agitieren, wenn nicht der mit Lüge und Hetze gefüllte „Landbund" (Organ der Landwirte) die Landleute irreführte. Auch das „Tageblatt" von Waldenburg widmet dem Volksentscheid spaltenlange Artikel, wo sie mit allerhand erdenklichen greulichen Aussagen die Landwirte sowie das Dienstpersonal vergiften wollen. Aber trotzalledem wollen wir in dieser Woche noch tatkräftig agitieren, zum Verlust und Nachteil des „Tageblattes" und „Landbundes" zum Siege des Volksentscheids. Also: Keinen Pfennig den Fürsten.

— Vom Kriegerverein. Am selben Sonntag veranstaltete der hiesige Kriegerverein einen Ausmarsch nach der Höhlenmühle in Niedergrund, welcher nur sehr wenig Teilnehmer aufwies. Wohl ungefähr 80 Männlein und Weibchen konnten der Stolz des Umzuges sein. Mit dem Gröhlen des Deutschlandliedes im Fackelzuge kehrten die seligen treudeutsch gesinnten Krieger um 10 Uhr abends in ihr Land heim, und wollten nicht wissen, daß auch sie in die Front der Werktätigen gehören.

Das „Neue Tageblatt" und der Volksentscheid

Wird auch der kaiserliche Nachttopf enteignet? Der 1. Mai in Gefahr!

Täglich widmet das „Neue Tagblatt" der Frage des Volksentscheids mehrere Spalten. Himmel und Hölle werden in Bewegung gesetzt, um die paar „Tageblatt"-Leser von der Gefahr zu überzeugen, die mit dem siegreichen Volksentscheid über Deutschland hereinbrechen werde und um sie zur Stimmenthaltung zu bestimmen.

In der Nummer vom 13. Juni wird der bekannte Aufruf an das „Deutsche Volk" veröffentlicht, der von Professoren, Doktoren, Reichstagsabgeordneten, Justizräten und sonstigen Intellektuellen unterschrieben ist. In dem Aufruf heißt es:

„Dieser frivole Volksentscheid muß eine schwere Krise heraufbeschwören ... In Wahrheit geht es nicht um die Vermögen der Fürsten, sondern um den Grundsatz des Privateigentums und damit um die Grundlagen unserer tausendjährigen Kultur ... Unsere schwer ringende Wirtschaft wird auf neue gefährdet und das deutsche Volk in innerer Zerrissenheit ohnmächtiger denn je ... Wer heute die Massenleidenschaften gegen die Grundlagen des staatlichen Zusammenlebens aufhetzt, der begeht ein Verbrechen an der deutschen Zukunft."

In dem Aufruf wird von der Gefährdung der deutschen Zukunft geredet. Es sind hoffnungsvolle Jünglinge, diese Professoren und Doktoren! Sie sehen nicht, daß das kapitalistische Deutschland keine Zukunft hat, daß es lediglich eine Kolonie von Amerikas Gnaden ist. Einen Wiederaufbau und eine innere ruhige Entwicklung wird es erst geben, wenn nicht die profitgierigen Großkapitalisten und Landjunker über die Geschicke Deutschlands zu bestimmen haben werden, sondern die Werktätigen aus Stadt und Land. Erst dann wird es möglich sein, nicht die Betriebe in Gang zu halten, die Profit abwerfen, sondern die, die im Interesse aller Werktätigen notwendig sind.

Gegen den Aufruf kann man nicht polemisieren, denn jeder Satz darin ist eine bewußte Lüge. Man kann ihn höchstens mit dem Hinweis auf gleiche Stufe stellen, der auf derselben Seite veröffentlicht ist und lautet:

„Viele Millionen
haben erkannt, daß
Sellig's kand. Kornkaffee
das Beste seiner Art ist.
Alle diese sind klug und weise."

*

In derselben Nummer befindet sich ein zweispaltiger Artikel, überschrieben: „Gegen den kommunistischen Volksentscheid". Darin wird erzählt, wie die Fürsten durch „Erbschaft, Heirat, Zuerwerbung und klinge Sparsamkeit" ihren Besitz gehäuft haben, wie es „jeder andere tun könnte". Zu der Frage, wie die Fürsten zu ihrem Vermögen gekommen sind, haben wir zu wiederholten Malen ausführlich geschrieben. Interessant ist in diesem Artikel, daß das „Tageblatt" sich ausdrücklich auf sozialdemokratische Führer beruft, um die Unantastbarkeit der Fürstenvermögen zu beweisen. Es werden ziliert die Sozialdemokraten Doktor Rosenfeld, Heinze und natürlich Fritz Ebert. 1918 soll Heinze folgende bezeichnende Worte gesagt haben:

„Man muß sich klar machen, daß ein Großherzog, auch wenn er nicht regiert, andere Mittel zur Verfügung haben muß als ein anderer Sterblicher.

Die Revolution muß den großzügigen Charakter einer Umwälzung des Staates und der Gesellschaft beibehalten. Sie darf nicht herabgleiten auf das Niveau persönlicher Kränkungen und persönlicher Verletzungen. Der Sprung vom Thron in das Leben eines Privatmannes ist sehr tief und sehr schmerzlich, aber er ist unvermeidbar. Man darf diese schmerzliche Verwundung aber nicht dadurch vergiften, daß man die Entthronten in eine Vermögenslage bringt, die ihnen und zahlreichen ihrer früheren Untertanen als eine Entwürdigung erscheint."

Nun, wir sind anderer Meinung. Unseres Erachtens braucht ein Großherzog auch nach seiner Entthronung nicht mehr Mittel zu besitzen als ein anderer Sterblicher. **Ein Bergarbeiter muß acht Stunden schwer arbeiten, um seine 3 Mark Abschlag zu erhalten.** Es ist endlich Zeit, mit dem Geschwätz von den „natürlichen" Vorrechten der Leute mit dem „blauen Blut" Schluß zu machen.

*

Im „Neuen Tageblatt" vom 14. Juni ergreift der Präsident der Schlesischen Landwirtschaftskammer das Wort zu der Frage des Volksentscheids. Eingeleitet wird der Artikel mit dem bezeichnenden Satz, „die Landwirtschaftskammer befasse sich grundsätzlich nicht mit Parteipolitik". „Der Volksentscheid", so behauptet der Präsident, „geht dahin, daß alle erfolgten Auseinandersetzungen ungültig seien und das gesamte Vermögen der Fürsten einschließlich **Hausrat und Kleidung** ohne Entschädigung enteignet werden soll." Pathetisch ruft der Krautjunker aus:

„Wer diesen Raub begehn will, beteiligt sich durch Stimmabgabe am Volksentscheid, — wer eine richtige und gerechte Auseinandersetzung mit den Fürsten wünscht, — bleibt daheim und gibt seine Stimme nicht ab."

Es ist zwecklos, gegen diese bewußten Lügen zu polemisieren. Jeder Arbeiter weiß, daß auch nach der Enteignung die Fürsten nicht nur genügend, sondern das Hundert- und Tausendfache besitzen werden, um ein Leben in Saus und Braus führen zu können.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer rechnet aus, daß der Rest des Fürstenvermögens in Preußen, den sie jetzt haben wollen, einen Einnahmebetrag von rund 3,5 Millionen jährlich abwirft. Danach kämen auf jeden Preußen 9 Pfennige. Als Gegenstück zu dieser Lüge wird behauptet:

Jeden 1. Mai „feiern" in Preußen durchschnittlich 6 Millionen Arbeiter mit durchschnittlich 4,50 Mark Tagesverdienst. Der Lohnausfall dieses einen Tages beträgt 27 Millionen oder achtmal soviel wie die Jahreseinnahme für den Staat aus der Hohenzollernenteignung.

Klassenbewußte Arbeiter! Noch deutlicher können die Großgrundbesitzer und Fürstenlakaien nicht werden. Sie wollen, daß ihr euch mit euren Hungerlöhnen zufrieden gebt, auf den 1. Mai verzichtet und den Lohnbetrag den Fürsten in den Rachen werft. **Es ist deshalb eure Pflicht, in den letzten Tagen vor dem 20. Juni alle Kräfte anzuspannen und nicht bloß in dem Betriebe und in dem Bekanntenkreis Propaganda für den Volksentscheid zu machen, sondern ihr müßt auch aufs Land gehen, wo der Landarbeiter und der kleine Bauer den Lügen der monarchistischen Rechtspresse immer noch glauben.**

Je mehr Verbündete wir auf dem Lande gewinnen, desto sicherer der Sieg! Sagt allen Werktätigen in Stadt und Land, daß es nur eine Zeitung in Schlesien gibt, die ihre Interessen vertritt, das ist die „Arbeiter-Zeitung". Fordert sie auf, das fürstenfreundliche „Tageblatt" hinauszuwerfen, dafür die „Arbeiter-Zeitung" zu abonnieren und am 20. Juni — **alles restlos an die Urne und das Kreuz ins Feld mit „Ja"!**

Görlitz

Donnerstag, abends ½8 Uhr, spricht Genosse Erich Hausen-Breslau im Konzerthaus, Görlitz

Das Agitations- und Propagandabüro zur Durchführung des Volksentscheides ist täglich von 9—7 Uhr geöffnet. Alle erwerbslosen Genossen der KPD. sowie Kameraden des RFB. finden sich täglich zur Mitarbeit ein.

Vier Agitationslokale werden am Sonntag, den 20. Juni 1926, in Görlitz eingerichtet und zwar: „Felsenkeller", Sonnenstraße 5, Tel. 1043; „Goldener Baum", Untermarkt 4, Tel. 403; „Arbeiterzeitung", Lunitz 6, Tel. 2384; das vierte wird noch bekanntgegeben. Alle Vorkommnisse sind schnellstens an eines dieser Lokale zu richten. Ebenfalls wird dort Propagandamaterial verausgabt. Auch wird der Schlepperdienst von diesen Lokalen aus organisiert. Alle Wahlhelfer der KPD. werden gebeten, für das Bekanntwerden der Agitationslokale Sorge zu tragen.

Einweihung des Gemeindehauses in der Sattigstraße. Ein Arbeiter schreibt: Am letzten Sonntage wurde die Einweihung des neu erbauten Gemeindehauses in der Sattigstraße gefeiert. Hunderte von Proletarierkindern der Südstadt werden in diesem Hause ihren eigenen Lebens- und Klasseninteressen zuwider von kirchlicher Seite beeinflußt werden. Es liegt an den vielen angeblich „sozialistischen" Arbeitern der Südstadt, dem entgegenzuwirken und recht zahlreich aus der Landeskirche auszutreten. Nicht uninteressant war ein Gedicht, das bei der Nachfeier in der Aktienbrauerei von einem jungen Manne vorgetragen wurde. Eine Mutter gibt darin ihrem Sohne, der zum ersten Male an einem Kindstaufschmause teilnehmen soll, so gute Ratschläge für sein Verhalten, daß der brave Junge vor lauter Angst — mit knurrendem Magen in einer Ecke stehen bleibt, während alle andern sichs wohl schmecken lassen. — Dieser Junge, ihr Schwarzröcke, ist euer Erziehungsprodukt! Zu solchen „braven" Menschen habt ihr uns alle erzogen. Die Folgen haben wir heute — siehe Fürstenabfindung — selbst zu tragen.

Landagitationstour zum Volksentscheid

Unser Propagandatrupp, dem sich 20 Genossen angeschlossen hatten, begab sich am Sonntagvormittag auf das Land. Acht Ortschaften wurden mit Material belegt und 250 Zeitungen verkauft. Einige besonders geeignete Genossen klärten die Dorfbevölkerung über die Bedeutung des Volksentscheides auf. Die Aufnahme unseres Trupps bei der Landbevölkerung war eine durchaus günstige. Ablehnend verhielten sich uns gegenüber nur die Verwalter, Inspektoren, und ähnliche Lakaien der Großgrundbesitzer.

Eine Propagandatour auf dem Lande bringt uns mit den verschiedensten Menschentypen in Berührung, die wir aufzuklären haben. Da findet ein Genosse eine Anzahl Landarbeiter in ihrem Heim, die noch absolut unaufgeklärt sind und noch gar nicht wissen, um was es sich beim Volksentscheid handelt. Er gibt ihnen die erste Aufklärung, und sie sind ihm dankbar. Da sehen wir einen Mann auf der Gartenbank sitzen. Ist es ein Lehrer? Er fragt, was wir sonst noch haben. Die „Arbeiterzeitung" hat er bereits gekauft. Es ist anscheinend einer, der auf unserer Seite steht, sich aber nicht verraten darf. Hier treffen wir auf einem Gutshofe einen Knecht in mittleren Jahren. Er verzichtet auf die Zeitung, da er selbst nicht lesen kann. Im Berufe hat er das Augenlicht fast ganz eingebüßt. Man sieht es an dem sehr starken rechten Brillenglase. Das linke ist matt zum Schutze für das erblindete Auge. Ein Opfer der Arbeit, das schweigend sein Joch tragen muß! — Dort sehen wir einen Schnitter, der zwar katholisch, aber dennoch revolutionär gesinnt ist. Er zeigt die eine kriegsverletzte Hand, die er mit einem Riemen an die Sense anschnallen muß, um sie überhaupt noch in seinem Berufe gebrauchen zu können. Hier treffen wir eine Landwirtsfrau, die in ganz bestimmten Tone erklärt, die Frau habe sich nur um Küche und Haus zu kümmern. (Der anwesende Ehemann kaufte unserem Genossen die „Arbeiterzeitung" ab.) Der Genosse setzt der Frau in ruhigem Tone auseinander, warum gerade die Frau das größte Interesse an der Politik haben müsse. Jede Verschlechterung in der Lebenshaltung bekomme ja gerade sie zuerst zu spüren.

So werden wir allmählich das flache Land revolutionieren müssen. Wie notwendig das ist, muß ja jedem einleuchten, da die Landbevölkerung zu allen Zeiten, von den Bauernaufständen selbst abgesehen, das Hauptreservoir der Konterrevolution bildete.

„Empfehlenswerte" Bücher

„Wie bleibe ich frisch und elastisch?"
Das Heft der Männer-Gymnastik.

„Wie bleibe ich jung und schön?"
Das Heft der Damen.

„Gesunde Kinder — glückliche Mütter."

„Der Bubikopf und seine Pflege."

*

Das sind die Bücher, die die Buchhandlung der „Görlitzer Volkszeitung" empfiehlt. Und als schon anzukündigende Neuerscheinung vielleicht: Der Bubikopf und seine Pflege im Sozialismus Verfaßt von Gustav Noske!

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Görlitz.

Auf Teilzahlung!
Herren-, Damen- und Unterbekleidung, Schuhwaren, Wäsche, Gardinen, Gummimäntel, Bettwäsche usw.
bei Abschluss bei Anzahlung [illegible]
Kein Preisaufschlag!
Görlitzer Teilzahlungsgeschäft
Opitz & Janowicz
Dresdener Str. 18

Qualitätswaren in großer Auswahl in Zigarren, Zigaretten, Tabak
empfiehlt
Paul Matheus
Obermarkt 1

J. Wieland
Fisch- und Feinkost-Geschäft
Breitestr. 11

Wilhelm Hübner
Bogstraße 18
Fleischerei und Wurstgeschäft

Hamburger Kaffee-Lager
Kurt Göldner
Kolonialwaren — Delikatessen
Weine
Nur Landeskronstraße 46

Brot, Mehl, Futtermittel
empfiehlt
Ed. Gerlach
Nikolaigraben 11

Anna Schneider
Schwarzestraße 6
Fisch- u. Räucherwaren

Wareneinkaufshalle
Inh.: Georg Ulmann, Pragerstr. 8
empfiehlt
Kolonialwaren u. Lebensmittel
6 Proz. Rabatt in blauen Marken

Theodor Wagner
Drogenhandlung
Weberstr. 20
Ecke Bäckerstrasse
gegenüber dem Handwerk
Fernruf 383

Gustav Zschiesche
Brüderstraße 14
Bäckerei und Konditorei

Georg Menzel
Apothekergasse
Roßfleischerei
Telephon 1155

Jakob Teuscher
Sonnenstr. 2
empfiehlt zu billigsten Preisen
Milch / Butter / Eier
Delikatessen

Albert Richter, Breslauer Straße 12
empfiehlt Brot und Weißwaren
zu billigsten Tagespreisen

Erhard Hirche
Prager Straße 24
Kolonialwaren - Tabakwaren
Butter - Eier - ff. Wurst

Paul Schulz
Krischelstr. 12
Lebensmittel, Delikatessen

Karl Rösler, Ungers Nachf.
Bäckerstraße 5
Tabak-Handlung

Kolonialwaren aller Art
bei
Artur Hellwig
Bogstraße 8

Ellger's
Herren- u. Damen-Friseursalon
Bogstraße 22
empfiehlt sich einer gütigen Beachtung!

Hans Gröneweg
Untermarkt 4
Zigarren — Zigaretten
Tabak

Max Thiers
Untermarkt 11/12
— Fernsprecher Nr. 776 —
Kolonialwaren
Stets frisch geröstet:
Kaffee
Korn
Gerste

Rich. Gotschlich
Lutherstr. 41
Kolonialwaren
Fernruf 2412
Gewähre auf sämtl. Waren
6 Prozent
Rückgewähr in blauen Marken

Fritz Haschke
vorm. Gillner
Frisörgeschäft
Untermarkt 19

Gardinen
[illegible]
Metallbettstellen
[illegible]
[illegible]
Görlitz, [illegible] u. 41.

Valentin Brent
[illegible] Straße 14
[illegible]
[illegible]
[illegible] [illegible]

Julius Sperling
Billige Kolonialwaren
Landeskronstr. 8 Tel. 1071
6 Prozent Rabatt in bar oder Marken

Fritz Frenzel
Jüdenstrasse 15
Fleischerei und Wurstgeschäft

Adolf Kluge
[illegible] Straße 61
Kolonialwaren
und Lebensmittel

Charlotte Frenzel
Jüdenstraße
Kolonialwaren, Delikatessen
6 % Rabatt!

Edmund v. Kopp
Langenstraße 31
Ecke Breitestraße
Kolonialwaren
Rauchwaren

Otto Töpfer
37 Lutherstraße 37
Lager fertiger Schuhwaren
Reparaturen gut und billig

Bruno Meister
Salomonstraße 25
Fleisch und Wurstgeschäft

Schuhmachermeister
Karl Reinsch
Löbauerstraße 2
empfiehlt seine Maß- u. Reparaturwerkstatt

E. Hartmann
Langenstraße 9
Stiefel u. Schuhe, neu u. getragen
Holzpantoffeln
Gamaschen, Rucksäcke sowie
Säcke für alle Zwecke

In Frage kommt!
frische Seefische, Flußfische, Räucherwaren
Marinaden, Salzheringe
Fischhalle Hermann Ilgner
Handwerk 22
Zweiter Fischstand Am Wochenmarkt

Paul Matzel
Hohestrasse 2
Kolonialwaren und Lebensmittel

Sie kaufen gut
Kleiderstoffe
Bettwäsche
Wäschestoffe
Wollwaren
Herren-Artikel
Paul Feller
Landskronstraße 48
Feller & Scholz
Breitestraße 4

Arbeiter
Angestellte
Beamte
kaufen
nur
bei den
Inserenten
unserer Zeitung

Klara Jäschke
Neißstraße 28
Kolonialwaren, Obst,
Gemüse, Milchhandlung
6 % Rabatt 6 % Rabatt

Qualitätsmarken
in
Zigarren, Zigaretten
Tabak
empfiehlt
Fr. Richard Bauer
Demianiplatz 21
und Hohestraße 1

Franz Klesatschek
Jauerniker Str. 42
Fleisch u. Wurstwaren

Paul Görlitzer, Jauerniker Straße 43
Ecke Lutherstraße
Bäckerei und Konditorei

Fritz Lange
Roßfleischerei
Nonnenstr. 5 Telephon 415

Artur Rentsch
Hotherstraße 18
Zigarren — Zigaretten — Tabak
Kaffee, Tee, Schokoladen usw.

Martha Grützner's
Vorkosthandlung
Judenring 8

Richard Wölfel
Landeskronstrasse 44
sämtl. Korb- und Bürstenwaren
Spielwaren - Reparatur-Werkstatt

Vorteilhafter Einkauf
in Lebensmitteln aller Art
Konserven pp.
Hermann Methner
Kamenzer Straße 1

Edmund Friebe
Brüderstraße 12
Lebensmittel

Paul Lehmann
Lebensmittelgeschäft
Bautzener Straße 22

Konfitüren
Schokoladen
und Lebensmittel
6 Proz. Rabatt 6 Proz. Rabatt
G. Richter's Nachf.
Franz Demuth
Jauerniker Straße 48

Niederlage der Obermühle
Inhaber
M. Schneider
Untermarkt 20
empfiehlt
beste backfähige handgesiebte Weizen- und Roggenmehle
täglich frische kernige Landbutter
zu billigsten Tagespreisen

August Hübner
Neißstraße 9
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Bruno Lötsch, Peterstraße 2
Sämtliche Kolonialwaren sowie
Butter, Milch, Eier
Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak
6 Prozent Rabatt in blauen Marken

Robert Werner
Holz- und Kohlen-Handlung
Büttnerstraße 26, Ecke Langenstr.
Kohlen und Briketts werden auf Wunsch ins Haus geliefert

Hans Fritzsche
Untermarkt 22
Fleisch und Wurstwaren

Karl Schindler
Rothenburger Straße Nr. 56
Kolonialwaren und Molkereiprodukte
6 % Rabatt in blauen Marken

E. Michael
Pragerstrasse 68
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
speziell Leinen- u. Bettwäsche

Robert Lange
Biesnitzer Straße 77a
Molkerei und Delikatessen

Artur Horter
Langenstraße 4
Fleisch und Wurstwaren

Werbt neue Abonnenten!

Ernst Buder
Kolonialwaren — Lebensmittel
Rothenburger Straße 11

W. Wohland
Taschen-
Reparaturen und Verkauf
Breitestrasse 6 — 1. Etage

Max Georgi
Landeskronstraße 18
Fleisch, Wurstwaren

Johannes Straube
Neißstraße 3
Brot- u. Feinbäckerei

Gustav Scholz
Neißstraße 14
Fleischerei u. Wurstgeschäft

Friedrich Kuhnt, Hotherstr. 1
empfiehlt Brot und Weißwaren
zu billigsten Preisen

Schuhe u. Stiefel
erhalten Sie nach Maß gearbeitet
und preiswert bei
Foskolos
Steinweg

Gasthaus z. Lindenhof
Bautzener Straße 45
Inh. Paul Hermann
empfiehlt seine Lokalitäten
sämtlichen Arbeiter-Vereinen

Lobetheater

Gastspiel Ludwig Stössel „Charleys Tante"
"
Gastspiel Ludwig Stössel „Charleys Tante"
"
"
"
"

Freitag, 11. 6., 8 Uhr
Sonnabend, 12. 6., 8 Uhr
Sonntag, 13. 6., 8½ Uhr
8 Uhr
Montag, 14. 6., 8 Uhr
Dienstag, 15. 6., 8 Uhr
Mittwoch, 16. 6., 8 Uhr
Donnerstag, 17. 6., 8 Uhr

Lyrattheater

„Die tote Tante"
"
„Die tote Tante"
"
"
"
"
"
"

Schauspielhaus
Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 37 460

Täglich 8 Uhr:
Der große Operetten-Erfolg
Annemarie
Sonntag, nachm. 3½ Uhr
„Der Orlow"

Stadt-Theater
Breslau
Telephon Ring 1254 u. 6815
Mittwoch, abends 7½ Uhr
Figaros Hochzeit
Donnerstag, abends 7 Uhr
Der Rosenkavalier

Junges Ehepaar
sucht ab 1. 7. 26
leeres Zimmer mit Kochgelegenheit
Gegend Odertor oder Scheitnig. Preis 15—20 Mk. Zuschriften unter R. H. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

---

Liebich-Theater
Telephon: Stephan 34 646

Nur kurze Zeit
Sensations-Gastspiel
Anita Berber und Henri
Die Tanzattraktion
Im Rahmen der Revue
Apollo! Nur Apollo!
in der Wiener Originalbesetzung

Eintrittspreise von 0.75 Mk. an

Zahl- u. Auskunftsstelle für Grabpflegegebühren sowie andere Friedhofgebühren
und Auskunft in Grabdenkmals-Angelegenheiten der städtischen Friedhöfe
Gräbschen, Oswitzer Straße und Cosel
an der Elisabethkirche 3-4, Erdgeschoss rechts
Dienstzeit
von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags
In Denkmals-Angelegenheiten nur bis 1 Uhr nachm.

Das beste 4-Pfd.-Brot 50 Pf.
3 Semmeln 10 Pf.
volles Gewicht
und die billigen
Lebensmittel
nur bei
Friedr. Obermeier, Breslau
Hubenstr. 92 (Pavillon)
Lieferung auf Wunsch frei Haus

Gasthof „Schwarzes Roß"
Likörfabrik
Theodor Hupka
Matthiasstraße 88
und
Adalbertstraße 27
Fernsprecher Olde 9167

Pr. Gebirgsheidensaft	per Liter	1.30
Alter Bresl. Branntwein	per Liter 35 %	2.10
Liköre	per Liter von	3.00 an
Rotwein z. Glühw. p. Ltr.		1.10
Tarragona	per Liter	1.40
Malaga	per Liter	1.70
Insel Samos	per Liter	1.90

Die Preise verstehen sich **nur außer Haus** inkl. Steuer

Ihr erster Weg nur zu mir
Auch der weitste macht sich bezahlt
Wir bieten Ihnen eine ganz **enorm billige** Kaufgelegenheit
Einige Beispiele
Ein groß. Posten **Waschseid.-Kleider**
Entzückende Neuheiten v. **6.25** an
Sommer-Mäntel
Elegant verarbeitet von **8.50** an
Kostüme
neueste Formen v. **11.50** an
Ferner:
Gelegenheitskäufe
in eleganter Konfektion
jetzt weit unter Preis
Breslaus bekanntes Etagengeschäft
Aschner
Albrechtstr. 53
1. und 2. Etage

Fahrräder und Renn-Rahmen
alle anderen Rahmen
Teilzahlung
Rennfahrer-Artikel
billigst
Bittner, Breslau
Scheitnigerstraße 38

Beglaubigung der Rentenquittungen.

Am 1. Juni 1926 hat die Beglaubigung der Invaliden-, Alters-, Witwen-, Waisen- und Unfallrentenquittungen wieder zu erfolgen.

Die in der Gemeinde Dittersbach wohnhaften Empfänger einer Rente vorbezeichneter Art werden hiermit aufgefordert, die Quittungen für den Monat Juli 1926 **sofort, spätestens bis 20. Juni 1926** in der Gemeindeverwaltung, Zimmer 4, abzugeben und am 1. Juli d. Js., vormittags von 8—10 Uhr im Zimmer 8 wieder abzuholen.

Dittersbach, den 10. Juni 1926

Der Gemeindevorsteher
Roesler.

Möbel-Preisabbau

Durch Serienbau bringe ich billigst heraus **5 Schlager**
Pr. Eich. Schlafzimmer
sauberste Ausführung

Zimmer „**Hedwig**" komplett 1 Spiegelschrank 130 cm, 2 Betten m. Pat. Matratz. u. roten Auflagen, 1 Wasch-Toilette m. Spiegel-Aufsatz u. echt. Marmor, 2 Nachttische, 1 Handtuchhalter, 2 Stühle	nur 385
Zimmer „**Käthe**" komplett Sp.-Schrank, 180 cm, sonst Teile wie vor, mit reichen Schnitzereien	425
Zimmer „**Margarete**" kompl. Spiegelschrank, 165 cm, zerlegbar sonst wie vor, mit Intars. oder schwarzer Stickerei	475
Zimmer „**Lisa**" kompl. Spieg.-Schrank 180 cm, zerlegbar sonst wie vor, Betten m. Umbau und Apotheken	585
Zimmer „**Rüdesheim**" kompl. Sp.-Schrank, 180 cm, zerlegbar, ovaler Kristall mit Sperrholzteilen, sonst wie vor	750

ferner 150 Schlaf-, Speise und Herrenzimmer in höheren Preislagen, wundervolle Modelle, konkurrenzlos billig. Franko jeder Bahnstation! Eventl. Zahlungserl.

Verlangen Sie Katalog!

Möbelfabrik
Irschmann
Breslau 2, Hubenstr. 23

Lebensmittelhaus
Görlitz, Bautzener Straße 57
Beste Einkaufsquelle für
Kolonialwaren, Milch, Butter Eier, Zigarren, Zigaretten, Delikatessen
empfiehlt
Gertrud Gruber

Bekanntmachung

Betrifft

Volksabstimmung am 20. Juni 1926

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 31. Mai 1926 betr. Auslegung der Wahlkartei gebe ich gemäß § 36 der Wahlordnung nachstehend die Abstimmungsbezirke sowie deren Abstimmungsvorsteher und Stellvertreter, ferner die Abstimmungslokale und die Abstimmungszeit zur Volksabstimmung bekannt:

Abstimmungsbezirk I.
Hauptstraße 1—22 und 125—148. Hackegasse 1—5.
Abstimmungslokal: Gasthof zur Preußischen Krone.
Abstimmungsvorsteher: Berghauer Konrad Wolf (für Abteilg. Männer), Steiger Emil Bendel (für Abt. Frauen).
Stellvertreter: Berghauer Paul Löffler (für Abteilung Männer), Berghauer Max Steiger (für Abteilung Frauen).

Abstimmungsbezirk II.
Hauptstraße 23—38 und 107—124. Hochwaldstraße 1—23. Grüner Weg 1—11.
Abstimmungslokal: Bürgerheim (Jugendheim).
Abstimmungsvorsteher: Lagerhalter Hermann Thomas (für Abteilung Männer, Lehrer Fritz Deutscher (für Abteilung Frauen).
Stellvertreter: Lehrer Wilhelm Schoefer (für Abteilung Männer), Ober-Assistent Richard Hoffmann (für Abteilung Frauen).

Abstimmungsbezirk III.
Hauptstraße 39—53 und 86—106. Flurstraße 1—10 und 22—24.
Abstimmungslokal: Gasthof zum Deutschen Haus.
Abstimmungsvorsteher: Berghauer Konrad Neumann (für Abteilung Männer), Pektor Otto Tabver (für Abteilung Frauen).
Stellvertreter: Schneidermeister Josef Spiss (für Abteilung Männer), Kanzleisekretär Alois Müller (für Abteilung Frauen).

Abstimmungsbezirk IV.
Hauptstr. 54—64 und 80—85. Flurstr. 11—21. Sandstr. 1—8.
Abstimmungslokal: Gasthof zum Hochwald.
Abstimmungsvorsteher: Lehrer Fritz Opitz (für Abteilung Männer), Knappschaftsassistent Paul Rauer (für Abteilung Frauen).
Stellvertreter: Berghauer Ernst Böhm (für Abteilung Männer), Berghauer Friedrich Franz (für Abteilung Frauen).

Abstimmungsbezirk V.
Hauptstr. 69—79 b. Mittelstr. 1—10. Neuestr. 1—13. Feldstraße 1—6. Friedrich-Scharf-Straße 1—11 b.
Abstimmungslokal: Restaurant Tirolerhof.
Abstimmungsvorsteher: Berghauer Reinhold Porrmann (für Abteilung Männer), Fuhrwerksbesitzer Ernst Rüffer (für Abt. Frauen).
Stellvertreter: Lehrer Emil Hahn (für Abteilung Männer), Berghauer Hermann Heide (für Abteilung Frauen).

Abstimmungsbezirk VI.
Altwasserstraße 1—19. Mühlengasse 1—9.
Abstimmungslokal: Gasthof zur Gemeindemühle.
Abstimmungsvorsteher: Lagerhalter Josef Mühlhofer (für Abteilung Männer), Kaufmann Hans Herzog (für Abteilung Frauen).
Stellvertreter: Lehrer Herbert Miek (für Abteilung Männer), Berghauer Paul Späthe (für Abteilung Frauen).

Abstimmungsbezirk VII.
Friedhofweg 1—45. Fuchsberg 1—41. Juliusschacht 1—7. Gustavischacht 1. Eisenbahnhaltestation Ost 1—3. Sägewerk werk an der Sarrainbrücke.
Abstimmungslokal: Schankwirtschaft zum Fuchsberg.
Abstimmungsvorsteher: Berghauer Heinrich Herzig (für Abteilung Männer), Pektor Wilhelm Lichtblau (für Abteilung Frauen).
Stellvertreter: Berghauer Karl Herrich (für Abteilung Männer), Berghauer Gottlieb Leder (für Abteilung Frauen).

Die Abstimmungshandlung erfolgt in den einzelnen Bezirken in einem und demselben Lokal, jedoch an zwei Tischen getrennt für Männer und Frauen. Jede abstimmungsberechtigte Person wählt in dem Bezirke, in welchem sie vor Auslegung der Stimmkartei gewohnt hat.

Die Abstimmungszeit beginnt um 8 Uhr vormittags und dauert bis 5 Uhr nachmittags.

Die Abstimmungszettel sind amtlich hergestellt und werden am Abstimmungstage im Abstimmungslokal durch einen Beisitzer oder eine behördlich beauftragte Person an die erscheinenden Abstimmungsberechtigten ausgegeben, und zwar zugleich mit dem Abstimmungsumschlag.

Der Stimmberechtigte hat bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder in sonst erkennbarer Weise seinen Willen kundzugeben.

Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig.

Die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Stimmscheinen wird am Sonnabend, den 19. Juni 1926, mittags 12 Uhr, geschlossen.

Weißstein, den 14. Juni 1926.

Der Gemeindevorsteher.
Hertwig.

Zum Volksentscheid
Den Knüppel zur Hand!

Soeben erschienen:
Der Knüppel Nr. 6
Das radikale politische Witzblatt in der neuen Aufmachung
16 seitig, 3 farbig, Preis 25 Pf.

Aus dem reichen Inhalt:
Sammeln zum Volksentscheid / Kurzer Arm — lange Finger / Wollt Ihr immer die Dummen sein? / Flaggenstreit — Regierungsbildung / Rummelsburg — Streikbrecher u. a. m.

Zu haben bei allen Kolporteuren, Literaturstellen, Buchhandlungen oder direkt durch die
Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
Berlin SW61, Planufer 17

Vierteljahresabonnement (3 Nummern) 60 Pfennig. Nur durch die Postanstalten ab 15. Juni

---

Auf zur öffentlichen Kundgebung!

Gegen die Fürsten — Für das Volk!

Darüber spricht am 17. Juni abends 7½ Uhr der Landtagsabgeordnete **Jendrosch**, im großen Saale der **Börse**, Breslau, Graupenstraße 15

Werktätige erscheint in Massen.

Eintritt 20 Pf. **Kuczynski-Ausschuß, Breslau.**

Möbel und Polsterwaren
erhalten Sie reell und billig
im Möbelhaus
Rudolf Herzog
Gottesberg
Fürstensteinerstraße 39

Weiß- Woll- und Kurzwaren
zu billigsten Preisen empfiehlt
A. Fleischer
Gottesberg
Fürstensteinerstraße 32

Reste, Strümpfe und Wollwaren
empfiehlt
Fr. Schulz
Gottesberg
Alte-Bahnhofstraße 3

Bei Bedarf von Fahrrädern und Zubehörteilen sowie allen Musikinstrumenten empfiehlt sich
Julius Kahlert
Gottesberg, Niederstraße 10

Sowjet-Sterne

Wir machen alle Partei- und Jugendorganisationen darauf aufmerksam, daß wir zum Alleinvertrieb der **„Sowjet-Sterne"** in Deutschland berechtigt sind. Alle Nachahmungen von privater und anderer Seite bitten wir zurückzuweis. u. einer Schädigung unser. Organisation durch den Bezug vom

Verlag Junge Garde
Berlin O17, Koppenstr. 7

Prospekt a. Wunsch gratis

entgegenzuwirken

Zentral-Komitee des kommunistischen Jugend-Verbandes Deutschlands

Verantwortl. für Politik Kurt Erbe, für den Betriebsteil, Feuilleton u. Lokales Max Ihmann, Inserate A. Müller: sämtlich in Breslau. Verl. Schles. Verlagsgesellsch. mbH. Breslau. Druck Pouvay-Berlin, Fil. Bresl.